

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von H. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breite-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 68.

Halle, Donnerstag den 22. März
Hierzu eine Beilage.

1849.

Deutschland.

Halle, d. 22. März. Von allen Seiten laufen die Nachrichten ein, daß Emissäre eingetroffen sind oder eintreffen werden, Deutschland von Neuem zu revolutioniren und die untern Klassen gegen die obern, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber und gegen die Wohlhabenden aufzureizen. Wahr oder nicht wahr, die Thatsache steht fest, daß es zum Verderben Deutschlands eine Partei giebt, die, um die Unhaltbarkeit ihrer Gründe, ihrer Einsicht und ihrer Stellung zu verbergen, um die Gunst der niedern Volksklassen buhlt, und ein Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke darin findet, daß sie den Reichtum und die Kapitalien als die blutigen Despoten darstellt, wodurch die Arbeit und der Arbeiter unterdrückt, oder wie „Citronen ausgepreßt“ werden. Ein reichhaltiges Thema zu wohlfeilem Wortgepränge für wühlerische Demagogen. Die aufreizenden Reden, von denen Zeitungen, Broschüren erfüllt sind und von denen die Säle der Vereine und der Parlamente wiederhallen, fangen schon an, ihre Früchte zu tragen. Wir haben gehört, zu welchen Excessen es in Berlin und mehreren andern Orten gekommen ist. Soll ein so unsaubrer Geist auch in diesem Jahre wieder um sich greifen, sollen die rechtlichen und gesellichen Zustände des Vaterlandes von Neuem dem verderblichsten Terrorismus der Massen und ihrer schlechtunterrichteten, revolutionären Führer unterworfen werden? Wird sich, wenn dieser Geist des Verraths an den edelsten und heiligsten Besizthümern der Menschheit sich zu erheben drohte, auch in diesem Jahre des politischen Kammers über die fehlgeschlagenen Hoffnungen Deutschlands das einsichtsvolle Bürgerthum feig zurückziehen und durch seine Muthlosigkeit die Meuterei großziehen, wie es an so vielen Orten durch ganz Deutschland im vorigen Jahre geschehen? Gewiß nicht. Der erste Sturm, die erste Gefahr ist bestanden. Die Erfahrung hat beide Theile gewizigt und Verstandigung vorbereitet. Manche Theile der niedern Arbeiter leiden. Wir erkennen dies an, wir haben ein Herz für diese Leiden und wir haben unsere Ansichten nicht verkehrt schon zu jener Zeit, wo ein gewisser Muth dazu gehörte, die Wahrheit zu reden, zu einer Zeit, wo diejenigen, welche sich jetzt auf den Schild der Arbeiter heben lassen möchten, ihnen aus ihrer stolzen und vornehmen Zurückgezogenheit mit Na-

poleon zuriefen: Voilà les crapeaux! Auch der Arbeiter lernt begreifen, daß er der erste ist, den die Ungunst der Zeit, die Störung der Gesellichkeit und der Ordnung trifft. Für ihn hat das vergangene Jahr eine herbe Erfahrung gebracht. Man wollte in kurzfristiger Hast für Jedermann die Höhe des Lohnes bestimmen. Man hat sich bemüht, mit der Natur in Widerstreit zu treten. Was ist der Erfolg gewesen? Die Natur, dieses ewige Musterbild für das Wahre und Richtige, hat die Widerstrebenden der Thorheit bezüchtigt. Sie sagte uns ihren alten Spruch: die Arbeit sei frei und finde ihren gerechten Lohn, der Fleißige und Tüchtige wie der Faule und Untüchtige, Jeder nach dem Maße seiner Leistung. Und in der That glaube man nicht, in andrer Weise auf die Dauer den Lohn feststellen zu können. Man glaube nicht, daß nach bestimmten Dingen, die von dem Verhältniß des Angebots und der Nachfrage verschieden sind, z. B. nach der Höhe der Getreidepreise der Arbeitslohn sich richte. Nach Dieterici kostete 1805 der Scheffel Roggen in Berlin 4 Thlr., und das Tagelohn eines Handarbeiters bei Bauten betrug 7 1/2 Sgr., während 1845 der Roggen 1 1/2 Thlr. kostete, und das Tagelohn desselben Handarbeiters 12 1/2 Sgr. betrug. In den Zeiten der Ruhe und Ordnung ist es naturgemäß immer nur die freie Konkurrenz, die auch den Arbeitslohn regulirt. Läßt man die freie Gestaltung der Verhältnisse nur walten, so wird der tüchtige Arbeiter, der viel schafft, vom Herrn auch immer gut bezahlt werden, denn der Herr hat bei dem fleißigen, tüchtigen Arbeiter bei gutem Lohn mehr Vortheil, als bei schlechter Bezahlung des schlechten Arbeiters. Aber, sagt Dieterici mit dem vollsten Rechte, der Staat sorge, daß der fleißige und tüchtige Arbeiter, der ordentlich, mäßig, sparsam ist, das, was er erübrigt, auch sicher erhalten könne. Es sei Ordnung, es walte das Gesetz, es werde Eigenthum, auch das kleinste geschützt. Darin, daß der Fleißige Eigenthum erwerbe, liegt der höchste Reiz zur Arbeit. Und jeder Fleißige, er müßte denn ganz und gar gottverlassen sein, jeder ordentliche und sparsame Mann wird auch als Tagelöhner etwas erübrigen können, wenn er nach dem Sprichwort handelt: „Junges Blut, spar dein Gut, Armuth im Alter wehe thut.“ Erleichtert nur den Erwerb und die Eigenthumsverleihungen für kleinen Besiz auf dem Lande neben dem großen. Ihr macht viel glückliche kleine Eigenthümer. Sorgt, daß die

leinen Kapitalien sich mehren, sorgt, daß die großen Kapitalien als Eigenthum geschützt werden! Wenn der Boden fleißig bestellt wird, wenn er viel mehr als früher einträgt, was anders ist es, als in den Boden niedergelegter menschlicher Fleiß, zu Kapital gewordne menschliche Arbeit, welche Früchte trägt? Sparen und Vorrath sammeln ist der Anfang aller Civilisation, je mehr Kapital sich sammelt, um so reicher wird der Einzelne, wird die Nation. Man kann nicht von einer Erndte zur andern kommen, wenn nicht Vorrath gesammelt ist. Der Wilde lebt elend, der täglich seine Nahrung sich suchen, das Thier erlegen muß, von dem er leben will. Der Beginn aller Kultur, der Ackerbau setzt Sammeln von Vorrath voraus. Ebenso ist Sammeln von Kapital, von den Früchten menschlichen Fleißes, der Weg des Fortschritts für alle Civilisation, allen Nationalwohlstand. Schon das kleine Kapital vermittelt die Möglichkeit, das nöthige Inventar, die nöthigen Werkzeuge sich anzuschaffen. Je mehr aber Kapital sich sammelt, je sichrer es dem Besitzer Zinsen bringt und zunimmt, um so mehr kann die Nation durch ihren Fleiß erwerben, um so großartiger werden die Maschinen, die Hilfen der menschlichen Arbeit. Ein Spinnrad, eine Handmühle erfordern wenig Verlagschaft, häuft sich das Kapital, wird der Wind, wird die Wasserkraft benutzt, der Bach des Thales wird unterthan dem Menschen, das Wasser muß die Räder treiben und das sonst wilde Gewässer wird die Lebensader der industriellen Kraft des ganzen Thales, und wo nur ein Paar Fischer ihr elendes Dasein fristeten, finden Hunderte in fleißiger Arbeit ein gedeihliches Auskommen. Sammelt sich das Kapital noch mehr, so wird die Dampfmaschine errichtet, eine einzige ersetzt 10, 20, 50, 100, 200 Pferde und mehr. Auf menschliche Arbeit berechnet arbeiten Englands Dampfmaschinen so viel als 6—7 Millionen Menschen vermöchten. Welch eine Vermehrung der Thätigkeit, wie ist die Dampfmaschine, dieses Depot menschlichen Erfindungsgeistes, wie ist doch das Kapital die Seele aller Industrie! In Frankreich verrichten die Dampfmaschinen die Arbeit von ungefähr 4—5 Millionen Menschen, im Preussischen vielleicht von 1—1½ Mill. Menschen. Ohne Kapital könnten wir keinen Kaffee trinken, uns nicht in baumwollene Kleider kleiden. Schiffe sind nöthig, die Rohstoffe herbei zu holen. Ein Schiff ist ein Kapital von mindestens 12000 Thlr., und viel mehr wenn es eine starke Dampfkraft treibt. Und soll die Industrie sich recht beleben, soll der Handel recht blühen, soll es viel, sehr viel Arbeit geben, wollen die Arbeiter ein reiches Lohn verdienen, so sind große, viele große Kapitalien nöthig neben den vielen kleinen. Ein Kaufmann, der nicht über viele Tausende von Thalern gebietet, kann kein Schiff ausrüsten, keine größere Spekulation unternehmen. Ein Fabrikant, der kein Geld hat, kann keine Zuckersiederei, keine Wagensfabrik anlegen, kann den Hunderten von arbeitsfähigen Männern und Frauen keine Arbeit und keinen Lohn schaffen. Eine Baumwollspinnerei kostet mehr als hunderttausend Thaler, eine Flachspinnerei eine Viertelmillion. Wenn in der Nation keine großen Kapitalien vorhanden sind, können solche Unternehmungen gar nicht zu Stande kommen. Und gar eine Eisenbahn! Die Meile kostet hunderttausend bis zu einer Million Thaler. Treten nicht durch Aktien, durch Association viele Kapitalisten zusammen — es müßte die kleinste Eisenbahn ungebaut bleiben. Wollt ihr euch klar machen, welche Bedeutung das Kapital hat, wie mit dem Fortschritt der Nation mehr Kapitalien entstehen und wachsen, so vergleicht die Zustände roherer Völker mit denen der gebildeten. Der Wilde hat kein Eigenthum, er jagt das Thier in der Wüste; sängt er endlich an, den Boden zu bebauen, so hat er die wilde Erde, den rohen Boden, nutzlos sind ihm Wasser und Bäche als freie Naturkräfte; er erbaut sich eine traurige Hütte, eine schmale,

gefährvolle Barke, unwegsam ist sein Land, ist sein Wald; selbst in Brasilien, wo in Urwäldern das kostbarste Schiffs- und Bauholz wächst, kann man nicht hinein in den wildverwachsenen Wald, das Holz nicht fällen, und Holz aus den Ostseehäfen ist ein willkommener Einfuhrartikel in Rio Janeiro. Wie ganz anders überall in den gebildeten Staaten! Selbst das Wild wird geschont und ist wie Eigenthum in den Jagdrevieren. Der Boden ist Jahrhunderte bebaut, wie viel Kapital ist in die Erde gelegt, in die Abzugsgräben, in die Meliorationen des Grundbesitzes! Welch ein Kapital sind die Hausthiere, die Pferde, das Rindvieh, die Schafe? Die Naturkräfte sind benutzt. Arbeit hat sie in Kapital verwandelt. Die Wasserkraft ist eigen geworden dem Herrn. Sie hat viel Werth, sie wird mit bezahlt! Mühlen gehen, eine Masse von Maschinen und Werkzeugen erleichtern die Arbeit. Statt der Hütten und Barken feste Häuser und Schiffe! Und statt der unwegsamen Wildniß geebnete Wege, Chaussees durch weite Strecken, durch einen ganzen Welttheil; statt des wilden Stromes der schiffbare Fluß, neben ihm und zur Verbindung entfernter Flüsse kostbare, künstliche Kanäle. Der Dampf wirkt und arbeitet in Fabriken, auf Flüssen, auf dem Meere! Welch ein Leben! Leben der Gesittung, der menschlichen Schöpfungskraft! Welch ein Arbeiten, welch ein Kapital von Arbeit in den Maschinen, in den Dampfapparaten! Welch ein Kapital in den Eisenwegen! Große Waarenvorräthe sind angehäuft in Lagern und Magazinen. Die Schätze des Wissens und der Kunst sind gesammelt in den Bibliotheken und Kunstbibliotheken. Vorstellungen, Begriffe, Kenntnisse — Geistiges wird Kapital, ist Kapital! Ein Geschäft von ordentlichen Leuten in demselben Lokal seit lange gut betrieben erweckt Vertrauen, ist Geldeswerth, wird bezahlt, ist Kapital. Der Kaufmann rechnet die Kundschaft als Gegenstand des Werthes. Der Naturfonds im Menschen ist Kapital! Der wilde Sohn der Natur hat rohe Körperkraft, hat List, Verschlagenheit. In der gebildeten Welt tritt Geschicklichkeit ein. Was ist es, womit der Arzt, der Advokat 8—10,000 Thlr. jährlich erwirbt, was anders als das Kapital in Kenntnissen, die er gesammelt, in der Bildung, dem Talent des Geistes und in der Erfahrung, das die reichen Zinsen trägt? O! schon, schon des Kapitals! Haltet es hoch im Werthe! Sorgt, daß kleines und großes Kapital in der Nation erhalten und vermehrt werde. Alle haben Gewinn davon. Ohne Kapital keine Lebensgenüsse, auch für den Niedrigsten nicht. Kapital vernichten, gegen das Kapital anstreben, heißt den Arzt zur Thür hinaus werfen, der die Krankheit heilen kann, heißt den Verband von den Wunden reißen, der vor Verblutung schützt, heißt der Armuth die Thore öffnen, heißt zur Barbarei zurückkehren. Kapital sammeln ist der Weg zur Bildung, die Bedingung der Bildung. Giebt es keine Kapitalisten, von denen einer oder der andre 1000 Thlr. für ein Gemälde zahlen kann, kann kein Maler bestehen und der weniger Bemittelte sein Zimmer nicht mit kleinerem Kunstwerk zieren. Wie ganz anders sieht es doch aus mit Hausgeräth, Kleidung und dem, was zum Leben gehört gegen das, was vor 50 Jahren da war! Bis in die kleinste Hütte hinab hat sich die Welt zum Bessern umgestaltet — durch ihre Arbeit, durch die Arbeit der Kapitalien. Und unmittelbar im eignen Erwerben gewinnt gerade der Arbeiter, der kleine Mann, der Mann von der „Mannesnahrung“ und der Mann von der „Kapitalkraft in seiner Hand“ am Meisten durch Ansammeln der Kapitalien. Sind große Kapitalien in der Nation, so entstehen großartige Unternehmungen, bei denen das kleine Kapital sich beteiligen und Zinsen bringen kann. Der Getreidehandel könnte in Danzig nicht betrieben werden, wenn nicht einzelne große

Har
mit
Kap
Har
arbe
Geld
Aus
für
so
Ma
arbe
mac
und
Um
bei
win
zu
dür
nich
Um
woll
les,
mer
tion
der
der
Kra
sie
Arb
den
gen
nich
chen
die
triel
Sch
aber
pita
ren,
tal
riat
wäh
Flei

renu
gen
ßen
kati

ruh
Tag
Sa
hab
stren
und
ren
ruh
die
vori
Aus
bald
der
stirt
zesse

Handlungshäuser die Geschäfte führten. Unfre Wollgeschäfte mit der davon abhängigen Schaafzucht gedeihen nur, seit das Kapital dem Wollgeschäfte zu Hülfe gekommen ist. Kleine Handwerker, Schuhmacher, Schneider, ja oft geringe Handarbeiter, die 100 Thlr. und mehr sich erspart haben, geben ihr Geld dem Kaufmann zum Großhandel zur Theilnahme an der Ausrüstung eines Schiffes oder zum Aufbau einer Fabrik, um für ihr kleines Kapital guten Gewinn zu ziehen. Wären nicht so große Baumwollspinnereien in Lankashire, so könnten die Maschinenbauer, vor denen viele nur kleine Theile der Maschine arbeiten, nicht bestehen. Im Kreise Solingen leben viele Korbmacher von dem Verfertigen der Körbe, in denen die Eisen- und Stahlarbeiten, die Messer für die Zuckerplantagen nach Amerika verschickt werden. Welche Masse von Gewerben findet bei den Zuckersiedereien in und um Magdeburg Arbeit und Gewinn! Große Kapitalanwendungen, große Fabrikanlagen geben zu einer Menge von Nebengewerben Gelegenheit. Manche Bedürfnisse könnte der arme Mann gar nicht befriedigen, wenn nicht Kapitalien da wären, der Fabrikation einen großartigen Umschwung zu geben. Vor 300 Jahren kostete das Paar baumwollener Strümpfe 13 Thlr., jetzt 5 Sgr.! Alle Gewebe, alles, was wegen unbegrenzter Vermehrung des Verbrauchs immer größern Verbrauch gewinnen kann, ist nur durch Fabrikation in solchen Massen und so wohlfeil zu schaffen, daß auch der Aermste davon Gebrauch machen kann. Darin aber besteht der wahre Nationalwohlstand, daß Alle nach dem Maße ihrer Kraft und ihres Beitrags an den Lebensgenüssen Theil haben, sie befriedigen können. Stets finden mehr Arbeiter lohnende Arbeit, wo große und viele Fabriken in einem Lande vorhanden sind, wo die Nation ihr Kapital in großen Unternehmungen niederlegt und mitarbeiten läßt. Denn das Kapital ist nichts als gesparte Arbeit, nichts als das Schwungrad, in welchem sich die überschüssige Kraft ansammelt, um die Faulpunkte, die Widerstände zu überwinden und dem ganzen Maschinenbetrieb Regelmäßigkeit zu geben. Greift in die Speichen dieses Schwungrades, es wird mit furchtbarer Gewalt zertrümmert, aber ihr seid die Ersten, die diese furchtbare Naturkraft des Kapitals zermalmt. Und ihr unglücklichen oder leichtsinnigen Thoren, die ihr dem Volke von der Feindschaft zwischen dem Kapital und der Arbeit, zwischen dem Reichthum und dem Proletariat vortradet — bedenkt, daß ihr in eurem eignen Fleische wühlt, daß ihr an Stelle der Ordnung Anarchie, an Stelle des Fleißes die Verzweiflung der Arbeiter sehet.

Dies als Antwort auf eine Zuschrift, mit der uns ein ehrenwerther Freund von der demokratischen Farbe aus Thüringen beehrt hat und worin er uns tadelt, daß wir uns der großen Industrie, namentlich zunächst der Runkelrübenzuckerfabrikation so kräftig angenommen hätten.

Berlin, d. 19. März. Der 18. März ist ungefeiert und ruhig vorübergegangen. Daß die Behörden an einem solchen Tage ihre Aufmerksamkeit verschärften, lag in der Natur der Sache; aber die demokratische Partei muß es für gut befunden haben, jeden Eklat und jede Demonstration bei ihrem Anhang streng zu untersagen. Gestern und heute sieht man nur hier und da junge Leute mit der deutschen Kokarde und Trauerflöten an den Hüten. Auf den Straßen war es ruhig, ja fast ruhiger als sonst. Konstabler sah man oft und zahlreich, und die Anhäufung von Menschen, die jede Verhaftung sofort hervorrief, zeugte von der reizbaren Stimmung der Bevölkerung. Aus einigen Häusern hingen deutsche Fahnen aus, wurden aber bald wieder eingezogen. Am Landsberger Thore, in dessen Nähe der Friedrichshain liegt, waren starke Truppenabtheilungen postirt, die stets von Tausenden umgeben wurden. Aber zu Exzessen kam es nicht und ein schüchtern Versuch zum Bau

einer Barrikade, die bald wieder abgetragen wurde, verdient kaum der Erwähnung. Auf den Gräbern des Friedrichshains waren zahllose Gruppen versammelt. Daß es in einer Stadt wie Berlin an einem solchen Tage nicht ohne kleine Reibungen und Gewaltthätigkeit abgehen kann, läßt sich denken. Es wird versichert, daß ein Konstabler erheblich verwundet worden und ein Offizier sogar das Signal zur Charge gegeben habe. (D. R.)

Berlin, d. 20. März. Das Justiz-Ministerial-Blatt enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 13. Febr. 1849, die Anrechnung des Dienstes bei dem Kampfe des Jahres 1848 im Großherzogthum Posen, als Kriegsjahr bei Pensionirungen betreffend. (Militair-Pensions-Reglement vom 13. Juni 1825 §. 8.)

„Ich genehmige mit Bezug auf den §. 8 des Militair-Pensions-Reglements vom 13. Juni 1825, daß der Kampf des Jahres 1848 im Großherzogthum Posen zur Unterdrückung der daselbst ausgebrochenen Insurrection, den an Gesechten theilhaftig gewesen Personen bei Berechnung der Dienstzeit als ein Kriegsjahr in Anrechnung kommen soll. Das Staats-Ministerium hat hiernach das Weitere zu verfügen.

Charlottenburg, den 13. Februar 1849.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**
(gegenges.) Graf von Brandenburg, von Ladenberg, von Manteuffel, von Strotha, Rintelen, von der Heydt.

Für den Finanz-Minister:

Kühne.

Graf von Bülow.

An das Staats-Ministerium.

Vorstehender Allerhöchster Erlaß wird hierdurch den sammtlichen Gerichtsbehörden zur Nachachtung bekannt gemacht.

Berlin, den 8. März 1849.

Der Justiz-Minister
Rintelen.“

Wie wir hören, wird zwar mit der Mobilmachung der für die Herzogthümer bestimmten diesseitigen Truppen fortgefahren, der Abmarsch derselben aber einstweilen ausgesetzt bleiben. Auch wird die von Seiten Dänemarks angekündigte Blockade der schleswig-holsteinischen Häfen, wenn auch dem Wortlaut nach noch nicht zurückgenommen, doch nicht zur Ausführung kommen. Man kann daraus auf eine vorläufige Verlängerung des Waffenstillstandes schließen, dem hoffentlich ein dauernder Friede folgen wird. (D. R.)

Dresden, d. 17. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam zur Berathung der Antrag von Böttcher und Genossen, „im Verein mit der ersten Kammer sich dahin zu erklären, daß die Staatsregierung verfassungsmäßig ohne Genehmigung der Kammern der etwanigen Anordnung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland auf Verwendung sächsischer Truppen zum Kriege gegen Dänemark nicht Folge leisten, noch den Einmarsch nicht-sächsischer Truppen in Sachsen dulden könne.“ Es wurde darüber lange hin und her geredet, wie gewöhnlich nach der Weise klingender Schellen. Der „unvermeidliche“ Tzschirner, einer der leersten Schwäger, die je auf einer Tribüne gestanden, bemerkte, mit dem Dekret über die Centralgewalt habe man die Kammer mit scheinbarer Begeisterung überrumpelt, es könne daher verfassungsmäßig nicht gelten. Ein solches Anerkenntniß der Centralgewalt dürfe nicht faktisch, sondern müsse gesetzlich erfolgen. Der dänische Krieg sei aber nicht im Interesse des Volkes, er sei nur ein Maskenspiel, der Friede sei vielleicht schon geschlossen. Das Volk in Schleswig gefalle nicht, man wolle vielmehr Schleswig als Dänemark in Belagerungszustand versetzen. Wenn die Freiheit wirklich in Gefahr sei, dann möge man die Landesfinder hergeben, aber nicht für Fürsteninteressen. Einen Einmarsch fremder Truppen habe die Centralgewalt auch nicht ohne Weiteres zu verfügen, die Regierung sei ermächtigt, Erklärungen gegen die Centralgewalt zu machen. Man habe mit der Centralgewalt gedroht, einem solchen Popanze werde man aber seine Ueberzeugung nicht opfern. Wenn eine Kammerauflösung erfolgen solle, so möge an das Volk appellirt werden, dieses möge

aussprechen, ob es seinen Vertretern oder den Fürsten mehr Vertrauen schenke. Der erste Theil des Antrags wurde nach einer eindringlichen Rede des Staatsministers v. Beust mit 40 gegen 24 Stimmen abgeworfen, der zweite Theil dagegen mit 58 gegen 6 Stimmen angenommen.

München, d. 16. März. Das Kommando des nach Schleswig-Holstein bestimmten bayerisch-sächsischen Armee-Corps hat der Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Bruder Ihrer Majestät der Königin Theresie von Bayern, erhalten. Der tapfere Oberst-Lieutenant v. d. Lann, Adjutant Sr. Majestät des Königs, der im vorigen Jahr das bekannte Freicorps befehligte, ist Chef des Generalstabes des genannten Armee-Corps. Ein anderer der bayerischen Offiziere, die vergangenen Sommer in Schleswig fiuchten, der Hauptmann Aldosser vom General-Quartiermeisterstab, ist dem Genalmajor von Schmalz zugetheilt, der die bayerische Brigade kommandirt.

München, d. 16. März. Die Münchener Ztg. enthält nachstehende Erklärung der Königlich bayerischen Regierung zu den von der deutschen National-Versammlung in erster Lesung angenommenen Abschnitten des Verfassungs-Entwurfs:

Die Königlich bayerische Regierung hat in der unter dem 16. dieses übergebenen Note ihre Bereitwilligkeit, ja noch mehr ihre volle Zustimmung zu dem angebahnten Weg der Verständigung über die zeitgemäße Umbildung der deutschen Verfassung ausgesprochen, und in der Lösung dieser Aufgabe nicht nur diejenige erkannt, deren Wichtigkeit keine andere gleichkomme, sondern von welcher die Stärke und Wohlfahrt des gesammten deutschen Vaterlandes und aller seiner einzelnen Theile, so wie auch die Zukunft und der Friede Europa's, wesentlich bedingt sei. Sie hat sich damals unter Anführung einiger allgemeinen Haupt-Ansichten, an welchen sie unverändert festhält, vorbehalten, ihre Erinnerungen zu diesem Zwecke schleunigst nach Frankfurt gelangen zu lassen, und entspricht der eingegangenen Verbindlichkeit durch gegenwärtige Erklärung.

I. Allgemeine Bemerkungen.

Um die Ansichten der einzelnen Bestimmungen des Verfassungs-Entwurfs zu begründen, ist wohl vor Allem die Feststellung der Grundlagen unerlässlich, auf welchen der neue Verfassungsbau sich erheben soll. Diese Grundlagen aber sind nach der Ueberzeugung der Königlich bayerischen Regierung nur in folgenden Punkten zu finden. I. Das neue Verfassungsband muß alle Theile Deutschlands in gleichmäßiger Weise umschlingen. Die Postrennung einzelner Theile aus dem bisherigen Gesamtverbande oder die Versetzung derselben in eine Sonderstellung würde mit dem vorgesezten Zwecke der festeren Einigung und größeren Kräftigung Deutschlands in unausgleichbarem Widerspruche stehen. II. Es muß eine Reichsgewalt gebildet werden, ausgestattet mit der nöthigen Macht, um Deutschland nach Außen mit Würde zu vertreten und seine allgemeinen Interessen nach Innen mit Nachdruck zu wahren und zu fördern. Aber in einem Gesamtstaate, unter dessen Mitgliedern zwei europäische Großmächte und vier andere Königreiche sich befinden, stellt sich die Uebertragung der obersten Reichsgewalt an ein einheitliches Oberhaupt als eine politische Unmöglichkeit dar, und es ist hier nur die Bildung eines Kollektiv-Oberhauptes, oder mit anderen Worten eines Reichs-Direktoriums ausführbar, und zwar eines Direktoriums, in welchem Oesterreich eben so seine Stelle einnehmen würde, als die übrigen Glieder des Bundes nach Maßgabe ihres Belanges darin Antheil zu finden hätten. In dem Direktorium wären alle Beschlüsse nach Stimmenmehrheit zu fassen, und daneben Vorzüge zu treffen, damit nicht die Thätigkeit desselben durch die an Instructions-Erholungen gewöhnlich sich knüpfendenögerungen gelähmt werde. III. Dem deutschen Volke muß durch eine aus gesetzlich festgestellten Wahlen hervorgehende Volksvertretung, durch ein Volkshaus, und daneben durch die Bildung eines die staatlichen Verhältnisse wahrennden Staatenhauses, Theilnahme an der Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten des gesammten deutschen Vaterlandes gesichert werden. IV. Während auf der einen Seite in dem Machtkreis der Reichsgewalt alle jene Zuständigkeiten zu legen sind, welche zur Erfüllung der unter Ziffer II. bezeichneten Aufgaben erforderlich erscheinen, sollen auf der anderen Seite die Zuständigkeiten der einzelnen Staaten nicht weiter beschränkt werden, als der oben erwähnte Zweck solches gebietet, denn nicht die Bildung eines Einheitsstaates, in welchem die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Staaten aufzugehen hätte, sondern die Einigung dieser Staaten zu einem lebenskräftigen organischen Ganzen, in welchem den einzelnen Gliedern die zur Ordnung ihrer eigenen besonderen Angelegenheiten erforderliche freie Bewegung und das Recht der Selbstregierung erhalten

und gesichert werde, insoweit nicht der Gesamtzweck dessen Beschränkung erheischt, — soll durch die neue Verfassung angestrebt werden. V. Endlich werden in der deutschen Verfassung auch jene Freiheiten und Rechte zu bezeichnen sein, welche allen Deutschen gewährt werden sollen, ohne jedoch diesen Rechten und Freiheiten eine Ausdehnung zu geben, welche von einzelnen deutschen Volksstämmen das Opfer von Interessen und Einrichtungen forderte, deren Fortbestand mit der Macht und Wohlfahrt des Gesamt Vaterlandes nicht unvereinbar ist. Denn die Verletzung solcher Interessen und die Vernichtung derartiger Einrichtungen würde die Macht und Wohlfahrt des Ganzen nicht fördern, vielmehr schwächen und beeinträchtigen.

II. Spezielle Bemerkungen.

Geht man von den eben bezeichneten Grundlagen zur näheren Prüfung des aus der ersten Lesung hervorgegangenen Verfassungs-Entwurfs über, so ergeben sich nachstehende Bedenken:

I. Theil

Das Reich und die Reichsgewalt.

1) Die §§. 2 und 3 würden Oesterreich zum Austritte aus dem engeren deutschen Verbände nöthigen und anderweitige Bewidlungen herbeiführen, daher ist ihre angemessene Beseitigung im Interesse des Gesamt-Vaterlandes unerlässlich. 2) Bezüglich der §§. 7 und 8 wäre um so mehr eine Verständigung und Abänderung notwendig, als es sich in denselben nur um Feststellung des Prinzips handeln dürfte, nach welchem der Reichsgewalt die Vertretung des Gesamtstaates mit dem Auslande, unbeschadet der damit nicht in Widerspruch tretenden Ausnahmeberechtigungen, da, wo solche notwendig erscheinen sollten, zufließt. 3) Der zweite Absatz des §. 9 wäre in nachstehender Weise zu fassen: „Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände, welche nicht der Zuständigkeit der Reichsgewalt zugewiesen sind.“ 4) Die Bestimmung des §. 15 über die Verpflichtung der deutschen Truppen dürften spezieller Vereinbarung vorbehalten bleiben. 5) Der §. 18 wäre zu streichen. Die Bestimmungen der noch in Kraft bestehenden deutschen Reichs-Verfassung haben sich in der Erfahrung als vollkommen ausreichend erwiesen. 6) Der Reichsgewalt soll die Oberaufsicht über alle dem allgemeinen deutschen Verkehr dienenden Anstalten, die Sorge für die Förderung dieses allgemeinen Verkehrs und für die Entfernung seiner Hemmnisse, dann die Erlassung der dafür erforderlichen Gesetze und Anordnungen übertragen werden. Aber die Bestimmungen der §§. 25, 27, 29, 30 und 32 geben den desfalligen Zuständigkeiten der Reichsgewalt eine durch den Zweck keinesweges geforderte und zum Einheitsstaate führende Ausdehnung. Es wird demnach der Verständigung vorbehalten, dieselben entweder ganz zu beseitigen, oder auf einen richtigeren Standpunkt zurückzuführen. 7) Daß das deutsche Reich ein Zoll- und Handelsgebiet bilde und daß auch für außerdeutsche Theile und Landestheile der Anschluß an das deutsche Zollgebiet mittelst besonderer Verträge vorbehalten bleibe, ist eine Grundbedingung des Aufblühens deutschen Gewerbleißes und Handels. Daher muß auch der Reichsgewalt die Gesetzgebung und Oberaufsicht über Alles, was zur Ordnung des gesammten deutschen Zollwesens erforderlich ist, zustehen. Aber daß der Reichsgewalt auch die Anordnung gemeinschaftlicher Produktions- und Verbrauchssteuern, die Bestimmung solcher Steuern, welche gemeinschaftlich sein sollen, ja sogar die Festsetzung der Gegenstände, auf welche die einzelnen Staaten Produktions- und Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen, zustehen soll, dies greift wohl zu tief in die Rechte und in den finanziellen Pauschalt der Einzelstaaten ein. Unstreitig muß bezüglich der in den einzelnen Staaten zur Erhebung kommenden Produktions- und Verbrauchssteuern den allgemeinen Interessen und Anforderungen des deutschen Gewerbleißes und Handels Rechnung getragen werden, wie solches auch in dem bestehenden Zoll-Vereine längst anerkannt und zur Geltung gebracht worden ist. In §. 33, im ersten Absätze, hätten die Worte: „mit Wegfall aller Binnenzölle“ wegzubleiben, insofern hierunter auch die im Zollvereine bestehenden Uebergangsabgaben verstanden werden, da dieselben zur Aufrechterhaltung der den Einzelstaaten zustehenden Gesetzgebung über innere Produktions- und Verbrauchssteuern und der Einnahmequellen hieraus nicht zu entbehren sind. Auch die §§. 34 und 37 gehen weiter, als der bezeichnete Zweck erfordert, denn entweder soll dadurch der Reichsgewalt das Recht eingeräumt werden, neben den in den Einzelstaaten zur Erhebung kommenden Produktions- und Verbrauchssteuern neue für Rechnung des deutschen Reichs einzuführen, und dann wäre dadurch die gänzliche Zerrüttung des Finanzwesens der Einzelstaaten angebahnt, weil unmöglich in einem und demselben Staate zwei verschiedene Finanzwesen und Finanzgewalten neben einander bestehen können, oder es soll der Reichsgewalt die Befugniß beigelegt werden, einzelne von den in den verschiedenen Einzelstaaten bereits bestehenden Produktions- und Verbrauchssteuern für die Deckung der Reichsausgaben an sich zu ziehen und zu gemeinschaftlichen zu erklären, — und dann ist nicht nur die notwendige Gleichheit der Belastung aller deutschen Volksstämme für die Gesamt-Ausgabe aufs höchste gefährdet, sondern auch der Son-

der Haushalt der Einzelstaaten durch den entstehenden Ausfall mit den schwersten Verwicklungen bedroht. Auch die Bestimmung des §. 35, welcher die Reichsgewalt ermächtigt, aus dem Ertrage der Zölle einen bestimmten Theil nach Maßgabe des Budgets für die Ausgaben des Reiches hinwegzunehmen und den Ueberrest an die einzelnen Staaten zu vertheilen, geht zu weit. Es genügt, daß die Reichs-Ausgaben nach einem gleichheitlichen fest zu bestimmenden Maßstabe auf die Einzelstaaten vertheilt und für die rechtzeitige Einzahlung der Matrifular-Beiträge Vorsorge getroffen werden. Die Erhebung und Ablieferung dieser Beiträge ist sobann Sache der Einzelstaaten. 8) Die Bestimmungen des §. 38 werden auf die allgemeine deutsche Schifffahrt und den allgemeinen deutschen Handel zu beschränken, im §. 39 aber der Reichsgewalt die Befugniß zur Ertheilung von Erfindungs-Patenten, wenigstens nicht ausschließlich, beizulegen sein. Weit zweckmäßiger dürfte es sein, wenn die Grundsätze, nach welchen bei der Ertheilung der Erfindungs- oder Einführungs-Patente zu verfahren, für ganz Deutschland gleichförmig festgesetzt, hiernach aber die Ertheilung der Patente den Einzelstaaten überlassen und diesen Patenten, bei Erfüllung bestimmter Formen, allgemeine Gültigkeit zugesprochen würde. 9) Auch die in den §§. 40, 41 und 42 enthaltenen Bestimmungen scheinen zu weit zu gehen. Wenn der deutschen Reichsgewalt die Befugniß übertragen wird: a) die Gesetzgebung und Oberaufsicht über die Einheit und das Zueinandergehen des Postwesens im deutschen Reiche zu üben, b) allgemeine Postverträge mit auswärtigen Postverwaltungen zu schließen, so dürfte hierin schon das Genügende zur Erzielung einer gleichheitlichen Ueberwachung des Postwesens liegen. 10) Die Einführung eines gleichen Münzsystems für ganz Deutschland ist gewiß eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsgewalt. Wenn aber im §. 44 unter der Gleichheit des Münzsystems auch die Gleichheit der Münz-Einheiten und ihrer Unter-Abtheilungen verstanden werden wollte, so wären hierdurch die Interessen der Einzelstaaten aufs Aeußerste und ohne zureichenden Grund gefährdet. Eben so wenig möchte zu rechtfertigen sein, wenn durch das einzuführende gleiche Maß- und Gewicht-System der Fortgebrauch des in Einzelstaaten hergebrachten Maß- und Gewicht-Systems gänzlich und zwangsweise ausgeschlossen werden wollte. Daß die Bedürfnisse des Verkehrs, weder in Ansehung des Münz-Systems, noch in Bezug auf Maß und Gewicht, Anordnungen der so eben als höchst bedenklich bezeichneten Art erheischen, dafür geben die im Zollvereine darüber geschlossenen Conventionen genugsame Belege. In §. 46 würde die Feststellung genügen, daß der Reichsgewalt das Recht zustehe, über das Bantwesen und das Ausgeben von Papiergeld die Ober-Aufsicht zu führen und allgemeine Gesetze deshalb zu erlassen. Eben so wäre in §. 47 der ganz unbestimmt gefaßte Ausdruck „von Reichs wegen“ zu entfernen und eine andere Fassung dafür anzunehmen. 11) Ueber die gegen die Aufhebung und Erhebung von Reichs-Steuern sich darbietenden Bedenken ist schon oben unter Ziffer 7 das Erforderliche bemerkt, hiernach dürfte §. 49 abzuändern sein. 12) Die Ertheilung der gesetzlichen Normen für den Erwerb und Verlust des Staatsbürger-Rechts in den Einzelstaaten muß diesen vorbehalten bleiben, weil hieran der Genuß von Sonderrechten geknüpft ist. Aus diesem Gesichtspunkte wird eine Modification des §. 52 nicht zu umgehen sein. Auch §. 53 scheint nicht hinreichend motivirt zu sein, da nach seiner allgemeinen Fassung die gesammte Gesundheits-Polizei der Einzelstaaten in das Bereich der Reichsgewalt gezogen werden könnte. Es wird genügen, wenn der Reichsgewalt vorbehalten wird, im Interesse des Gesammtwohls, allgemeine Maßregeln zur Abhaltung von Krankheiten von den Grenzen Deutschlands anzuordnen. 13) §. 58 in der dem Schlusse giebt der Reichs-Gesetzgebung eine Ausdehnung, welche das Recht der Selbstgesetzgebung der Einzelstaaten mit Vernichtung bedroht. Denn wenn die Reichsgewalt befugt ist, in allen Fällen, wo sie für das Gesammt-Interesse Deutschlands die Begründungen gemeinsamer Einrichtungen und Maßregeln für nothwendig erachtet, das Recht der Gesetzgebung über die Einzelstaaten auszudehnen, — so kann von Unabhängigkeit und Selbstständigkeit nicht mehr die Sprache sein. Diese Unabhängigkeit und Selbstständigkeit kann nur durch die Anerkennung des Grundsatzes gewahrt werden, daß den Einzelstaaten die gesetzgebende Gewalt über alle Gegenstände zustehe, welche nicht ausdrücklich der Reichs-Gesetzgebung vorbehalten sind. Weshalb auf Wegfall des Schlusssatzes angetragen wird.

III. T h e i l.

Der Reichstag.

a) Bei der Vertheilung der Mitglieder, aus welchen das Staatenhaus gebildet werden soll, sind die süddeutschen Staaten gegenüber den norddeutschen auffallend benachtheiligt. Denn es wurden dieselben nach §. 3 selbst mit Einschluß von Hessen-Darmstadt und Nassau von 176 Stimmen nur 80 erhalten, während 96 auf Norddeutschland fielen. Dieses Mißverhältniß wird entweder durch Vermehrung der von Süddeutschland zu stellenden oder durch Verminderung der von Norddeutschland zugetheilten Mitgliederzahl ausgeglichen werden müssen. b) Im §. 9 wird beizusetzen sein, daß die austretenden Mitglieder wieder erwählt werden dürfen. c) Der §. 19 Ziffer 2 und 4 dürfte nach den oben unter 1. 7 und 11 gemachten Erinnerungen zu modificiren sein. d) Nicht minder wird die Bestimmung des §. 19 a.,

Ziffer 6 noch in nähere Erwägung zu nehmen sein, nach welcher das Staatenhaus nur Erinnerungen und Ausstellungen bezüglich des Budgets zu machen befugt sein soll, und zwar um so mehr, als das Staatenhaus gemäß §. 4 zur Hälfte durch die Volksvertretung der Einzelstaaten gebildet werden soll.

III. T h e i l.

Das Reichs-Oberhaupt und der Reichs-Rath.

Was hierüber in den §§. 1—16 des Entwurfs bestimmt wird, bedarf nach den im Eingange der gegenwärtigen Erklärung in Anspruch genommenen Grundlagen der künftigen Reichs-Verfassung gänzlicher Umarbeitung; und es würde insbesondere der von dem Reichs-Rathe handelnde Abschnitt im Falle der Bildung einer kollektiven Reichsgewalt hinwegzufallen haben.

Frankfurt a. M., d. 19. März. Die preussische Circularnote vom 10. März ist ganz in dem von der königlichen Regierung durch die Note vom 23. Januar verkündigten Systeme. Preußen beharrt auf dem Bundesstaat, wünscht aber Verständigung mit Oesterreich, wie mit den übrigen Fürsten. Die österreichische Regierung hat in der bekannten Note vom 27. Februar ihre Ansicht in der Oberhauptsfrage ausgesprochen, und damit Anlaß zur Verhandlung gegeben. Die preussische Regierung erklärt sich bereit, sich über den Vorschlag zu äußern, und ladet die anderen Regierungen zu gleichmäßigem Verfahren ein. Von dem Inhalte der neuen österreichischen Note vom 9. März wußte man zur Zeit der Abfassung des preussischen Circulars vom 10. März in Berlin kein Wort; am 9. erst ist die Thatsache der Aetronirung der österreichischen Verfassung telegraphisch nach Berlin gelangt, und hat darum in der bereits beschlossenen, unter dem Datum vom 10. März ausgefertigten Circularnote natürlich keine Berücksichtigung finden können. Die Schlüsse, welche mit großer Beflissenheit aus dieser letzten gezogen werden, um ein Schwanken in der Politik damit zu erweisen, entbehren mithin aller und jeder Grundlage. Preußen beharrt nach wie vor auf dem Bundesstaate im Gegensatz zum Staatenbunde, und wird mit Freuden die Hand dazu bieten, daß dieser Bundesstaat mit Oesterreich in ein Staatenbundesverhältniß trete. Dabei kann natürlich nur das eigene Verlangen Oesterreichs den Anhalt geben. Deutschland muß sich constituiren wie Oesterreich sich bereits constituirt hat, damit ein Vergleich unter gleich berechtigten Theilen geschlossen werden könne. (O.P.-Ztg.)

Der Wortlaut dieses „Circulars an die königl. preussischen Missionen bei den deutschen Regierungen“ ist folgender:

„Die k. k. österreichische Regierung hat durch ihren Gesandten am hiesigen Hofe die Vorschläge mitgetheilt, welche sie durch Instruction an ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt vom 27. v. M. in Betreff der Bildung einer obersten Centralerectivgewalt in der deutschen Bundesverfassung in Form eines Directoriums hat nach Frankfurt gelangen lassen. Es gereicht der königlichen Regierung zur großen Befriedigung, daß damit nun auch Oesterreich den von uns vorgeschlagenen Weg der Verständigung in Frankfurt betreten hat. Wir haben uns daher auch nur mit Vergnügen bereit erklären können, diese Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen, und der königliche Bevollmächtigte in Frankfurt wird mit hinreichenden Instructionen versehen werden, um in die Besprechungen und Berathungen über dieselben in Frankfurt eintreten zu können, von welchen wir die Hoffnung hegen dürfen, daß sie zu dem immer von uns angestrebten Ziele der Verständigung unter den Regierungen und mit der Nationalversammlung führen werden. Wir zweifeln nicht, daß auch die übrigen deutschen Regierungen, denen die österreichischen Vorschläge inzwischen, sei es direct, sei es durch ihre Bevollmächtigten, bekannt geworden sein werden, zu einem gleichen Verfahren bereit seien. Ich ersuche daher Ew. zc., der Regierung, bei welcher Sie accreditirt sind, den Wunsch des königlichen Cabinets auszudrücken, daß dieselbe baldmöglichst ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt die nöthigen Instructionen ertheilen wolle, um an den Berathungen über jene Vorschläge auf eine den dortigen Ansichten entsprechende Weise Theil nehmen zu können. Berlin, den 10. März 1849. (gez.) Graf Arnim.“

Nach Briefen, welche der heutige Courier einem großen hiesigen Handlungshause aus Mailand und Turin, vom

14. d. M., gebracht, sind alle piemontesische Truppen bis an die Grenze der Lombardei vorgeschoben worden. Die Verbindung zwischen diesem Königreiche und Piemont ist selbst für Briefe gänzlich abgeschnitten, was als das Vorspiel der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten angesehen werden muß.

Bremerhafen, d. 16. März. Heute früh kam die erste der drei großen Dampffregatten von Liverpool hier an, die für die deutsche Flotte angekauft sind. Es ist ein ausgezeichnet schönes und starkes Schiff von 440 Pferdekraft, das mit drei 68pfündigen Bombenkanonen und sechs 32-Pfündern bewaffnet werden soll.

Wien, d. 18. März. Sehr ernsthaft sind die Nachrichten, die aus den südslavischen Provinzen über die Aufnahme, welche die oktroirte Verfassung daselbst gefunden, einlaufen. Alle Berichte stimmen überein, daß die neue Verfassung in allen Theilen der südslavischen Provinzen in Kroatien, Slavonien, wie in der neuen serbischen Wojwodschast, die bitterste Stimmung rege gemacht hat; alle südslavischen Organe ohne Ausnahme wiederhallen von Vorwürfen und Anklagen der Central-Regierung. Dieses ist also der Dank, sagen sie, für die unsäglichen Opfer, die wir der Erhaltung und Wiederherstellung Oesterreichs gebracht, daß man uns mit einer Verfassung beschenkt, die uns, anstatt unsere Wünsche und die so oft uns gemachten Verheißungen zu erfüllen, noch das nimmt, was wir hatten? Nicht nur, daß die Militairgränze nach wie vor ausschließlich zu militairischen Zwecken des Staates verwendet werden und ihre reine militairische Organisation behalten soll, nicht nur, daß die Anerkennung der Selbstständigkeit der serbischen Wojwodschast umgangen und mehr als je zweifelhaft wurde, beschneidet man noch Kroatien und Slavonien ihre von jeher behauptete Provinzial-Autonomie. Anstatt einer Föderativverfassung, in der wir allein unsere nationalen und provinzialen Interessen gegenüber dem Deutschtum wie dem Magyarenthume gewahrt sehen konnten, hat man über uns ein Centralisationsnetz geworfen, das jede freie Entwicklung erstickt. Wenn wir durch unsere Opfer nichts Anderes erreicht haben sollen, als daß wir zum deutschen Central-Ministerium in Wien in demselben Verhältnisse stehen, als früher zum ungarischen Ministerium in Pesth, dann ist's Schade um das Blut, das wir für unsere Befreiung aus der magyarischen Knechtschaft verspritzt. So lauten die Töne, die aus Südslavien herüber schallen. Sie sehen, die immer wachsende Opposition in jenen Provinzen ist endlich zum Ausbruche gekommen. Noch bewegt sie sich auf dem gesetzlichen Boden, auf dem Boden der Debatte, und Gott behüte uns davor, daß sie einen anderen Boden betrete. In dem Augenblicke, wo der Krieg in Italien von Neuem ausbricht, wo der Kampf in Ungarn in eine immer unabsehbare Länge sich hinauszieht, wo neue ernste Verwickelungen mit Deutschland und Preußen drohen, würde eine Erhebung der südslavischen Provinzen von den unberechenbarsten Folgen sein. Der Regierung würde dann wohl kein anderes Mittel übrig sein, als sich offen in Rußlands Arme zu werfen; die Hunderttausende Russen, die an der Gränze rufgewärtig stehen, würden einrücken und die Revolution bewältigen, aber als Gegendienst würde Rußland die Donau-Provinzen, und mit ihnen Oesterreichs Zukunft nehmen. (D. R.)

Italien.

Neapel, d. 5. März. Das Ultimatum, welches der König an die Sicilianer unterm 28. v. M. erlassen hat, verspricht ihnen eine Verfassung auf den Grundlagen der Constitution von 1812, die vor Juni d. J. verkündet werden soll. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieser neuen Ver-

fassungen sind: Die Staats-Religion ist mit Ausschluß jeder anderen die katholische; die persönliche Freiheit ist garantirt: Niemand darf anders als nach der gesetzlich vorgeschriebenen Form verhaftet oder gerichtlich verfolgt werden; Keiner ist gezwungen, sein Eigenthum anders als zum Nutzen des Staats und gegen vorherige Entschädigung abzutreten; Pressfreiheit mit Repressivgesetzen ist zugesichert; Sicilien bildet einen Theil des Königreichs der beiden Sicilien und wird als constitutionelle Monarchie regiert. Der König übt allein durch verantwortliche Minister die vollziehende Gewalt aus, die gesetzgebende dagegen in Gemeinschaft mit den Kammern, die er zusammenberuft, vertagt und auflöst. Wenn der König nicht in Sicilien residirt, ersetzt ihn ein Vice-König. In seiner Umgebung befindet sich beständig ein mit den sicilianischen Angelegenheiten beauftragter Minister. Alle Staatsbeamte sind Sicilianer, von den Ministern sind nur die beiden des Kriegs und der Marine der Centralregierung vorbehalten. Sicilien hat ein besonderes Budget von 3 Millionen Dukati jährlich. Außerdem entschädigt es Neapel für die durch die Ereignisse von 1848 und 1849 veranlaßten Rüstungen mit 590,000 Unzen. Die Volksvertretung besteht aus zwei Kammern, einer auf Lebenszeit von dem König ernannten Pairskammer und einer Volkskammer. Um an der Wahl zu letzterer Theil nehmen zu können, muß man ein Einkommen von 300 Unzen und in Palermo von 500 Unzen haben; derselbe Censur ist zur Wählbarkeit erforderlich. Wenn die Sicilianer auf diese Anerbietungen nicht eingehen, so werden sie als nicht geschehen betrachtet. Zwischen den Admiralen Frankreichs und Englands, welche das Ultimatum vermittelt haben, und dem König herrscht noch eine Meinungsverschiedenheit über die zu ertheilende Amnestie. Erstere verlangen eine unbeschränkte, letzterer will wenigstens 30 der Hauptanführer des Aufstandes auf ein Jahr von der Insel entfernt wissen. Wenn die Sicilianer die Anerbietungen annehmen, so wird wahrscheinlich Fürst Cassaro Vice-König werden.

Die Londoner Times hat Berichte von Neapel vom 6. März, wonach die Admirale nach einer Unterredung mit dem Könige in der Nacht des 4. mit ihrem Geschwader nach Palermo abgefahren waren. Man will daraus schließen, daß der König in die Modificationen der Bedingungen an die Sicilianer, die den Admiralen bedenklich schienen, eingewilligt habe, besonders in Betreff der Amnestiefrage. Man glaubte, daß im Fall der Annahme der Friedensbedingungen der sicilianische Fürst Cassaro, der sehr populair ist, zum Vice-König ernannt werden würde. Derselbe Correspondent der Times deutet an, daß König Ferdinand im Kirchenstaate interveniren wolle, sobald die sicilianische Frage geschlichtet wäre. Dabei geht er von der Voraussetzung aus, daß die Oesterreicher bereits in den Kirchenstaat und Toskana eingerückt seien.

Frankreich.

Paris, d. 17. März. Die „Presse“ hofft noch immer daß Sardinien und Oesterreich, da sie die englisch-französische Vermittelung einmal angenommen, die Feindseligkeiten nicht eher beginnen würden, als bis England und Frankreich erklärt hätten, daß ihre Vermittelung zu keinem Ziele kommen könne. Gegenwärtig werde von den beiden Regierungen noch ein letzter Versuch gemacht, den König Albert den nachtheiligen Einflüssen, welche ihn zum Kriege drängten, zu entziehen, und Herr Drouyn de Lhuys habe einen Diplomaten in außerordentlicher Mission an den König von Sardinien geschickt, um ihn von seinem gefährlichen Unterfangen abzumahnen. Noch energischer

habe sich das englische Kabinet ausgesprochen, das den turiner Hof für alle durch die Wiederaufnahme des Kriegs entstehende Verwickelungen in den Angelegenheiten Italiens verantwortlich mache. Hinsichtlich der römischen Frage theilt die „Presse“ mit, daß das Prinzip der durch Pius IX. von Frankreich, Oesterreich, Spanien und Neapel geforderten Intervention anerkannt sei, und daß es sich nur noch um die Art der Ausführung handle. Um diese nach dem Wunsche des Papstes einzurichten, seien die Vertreter der genannten Mächte in Gaeta mit offener Vollmacht versehen. England werde der Intervention durch das Erscheinen seiner Flotte vor Civitavecchia seine moralische Unterstützung verleihen.

Vereinigte Gemeinde.

Heute Abend 7 Uhr Gemeinde-Versammlung im Kirchenlokale.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 20. März.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	100 ³ / ₄	100 ¹ / ₄	Pomm. Pfandbr.	3 ¹ / ₂	92 ³ / ₄	92 ¹ / ₄
St. Schuldsch.	3 ¹ / ₂	78 ⁷ / ₈	78 ³ / ₈	R. = u. Nm. do.	3 ¹ / ₂	93	92 ¹ / ₂
Sech. Pr. = Sch.	—	—	98 ³ / ₄	Schlesische do.	3 ¹ / ₂	—	—
Kur- u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gar.	—	—	—
Schuldversch.	3 ¹ / ₂	—	—	rant. do.	3 ¹ / ₂	—	—
Brl. Stadt-Dbl.	5	98 ¹ / ₄	—	Pr. St. = A. = Sch.	—	87	—
do. do.	3 ¹ / ₂	—	—	Friedrichsd'or	—	13 ⁷ / ₁₂	13 ¹ / ₁₂
Wstpr. Pfandbr.	3 ¹ / ₂	85 ³ / ₄	—	And. Goldm. à	—	12 ² / ₃	12 ¹ / ₆
Großh. Pos. do.	4	96 ¹ / ₂	—	5 ϕ	—	—	—
do. do.	3 ¹ / ₂	81	—	Disconto	—	—	—
Wstpr. Pfandbr.	3 ¹ / ₂	—	—				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit. A. B.	4 74 B. 73 ¹ / ₂ G.	Berl. = Anhalt	4 87 G.
do. Hamb.	4 51 ¹ / ₂ G.	do. Hambg.	4 ¹ / ₂ 91 ¹ / ₄ B.
do. St. = Stat.	4 85 B.	do. II. Serie	4 ¹ / ₂ —
do. Potsd. = M.	4 53 ¹ / ₄ B.	do. Potsd. = M.	4 83 B.
do. Magd. = Hbst.	4 108 ¹ / ₂ B.	do. do.	5 94 ³ / ₄ B.
do. Leipziger	4 —	do. Stettiner	5 102 ¹ / ₂ G.
Halle = Thür.	4 48 ¹ / ₄ G. 1/2 B.	Magd. = Leipz.	4 —
Cöln = Mind.	3 ¹ / ₂ 74 ¹ / ₂ à 5/8 B.	Halle = Thür.	4 ¹ / ₂ 86 B.
do. Nachen	4 48 B.	Cöln = Mind.	4 ¹ / ₂ 92 ¹ / ₂ B.
Bonn = Cöln	5 102 G.	Rh. v. St. gar.	3 ¹ / ₂ —
Düsseld. = Elf.	4 —	d. i. Priorität	4 —
Stael. Bohw.	4 36 B.	do. St. = Pr.	4 —
Nschl. = Märk.	3 ¹ / ₂ 71 ⁵ / ₈ B. 3/8 G.	Düsseld. = Elf.	4 —
do. Zweigbhn.	4 —	Nschl. = Märk.	4 85 ¹ / ₄ à 5/8 B.
Obshl. L. A.	3 ¹ / ₂ 91 B.	do. do.	5 98 ¹ / ₂ B.
do. Lit B.	3 ¹ / ₂ 91 B.	do. III. Serie	5 93 ¹ / ₂ B.
Cosel. = Verb.	4 —	do. Zw. bhn.	4 ¹ / ₂ —
Bresl. = Freib.	4 —	do. do.	5 80 B.
Krat. = Obshl.	4 38 B.	Oberschl.	4 —
Berg. = Märk.	4 55 B.	Krat. = Obshl.	4 71 B.
Starg. = Pof.	3 ¹ / ₂ 70 B. 69 ³ / ₄ G.	Cosel. = Verb.	5 —
Brieg. = Meisse	4 —	Stael. = Bohw.	5 88 ¹ / ₂ G.
Magd. = Wittb.	4 —	do. II. Serie	5 80 ³ / ₄ G.
		Berl. = Freib.	4 —
		Berg. = Märk.	4 97 ¹ / ₄ B. 97 G.
		Ausländische Stamm-Actien.	
		Leipz. = Dresd.	4 —
		Ludw. = Verb.	4 —
		24 Fl.	4 86 B.
		Riel. = Alt. Sp.	4 —
		Amst. = N. Fl.	4 34 B. 33 ³ / ₄ G.
		Madb. = Thlr.	4 —

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gelde.)

Magdeburg, den 20. März. (Nach Wispeln.)

Weizen	44	—	50 ϕ	Gerste	20	—	22 ϕ
Roggen	—	26	—	Hafer	13	—	15 ϕ

Berlin, den 20. März.

Weizen nach Qualität 54—58 ϕ .

Roggen loco 25—26 ϕ .

pr. Frühjahr 82 Pfd. 24 ϕ Br., 23³/₄ verk., 23¹/₂ G.

Mai/Juni 24¹/₂ ϕ Br., 24¹/₂ G.

Juni/Juli 25³/₄ ϕ Br., 25¹/₂ verk.

Juli/August 26³/₄ ϕ Br., 26¹/₂ G.

Gerste, große, loco 22—23 ϕ .

kleine 19—21 ϕ .

Hafer loco nach Qualität 14—16 ϕ .

pr. Frühjahr 48 Pfd. 13¹/₂ ϕ Br.

Rübel loco 14 ϕ B. u. G.

pr. März 14 ϕ B. u. Br.

März/April 14 ϕ B. u. Br., 13¹¹/₁₂ G.

April/Mai 14 Br., 13¹¹/₁₂ G.

Mai/Juni 13¹¹/₁₂ ϕ Br., 13⁵/₈ G.

Juni/Juli 13³/₄ ϕ Br., 13³/₈ G.

Juli/August 13²/₃ ϕ Br., 13¹/₂ G.

Aug./Sept. 13⁷/₁₂ ϕ Br., 13¹/₂ G.

Sept./Oct. 13¹/₂ ϕ B. u. Br.

Octbr./Novbr. 13¹/₂ ϕ Br., 13¹/₄ G.

Leinöl loco 11 ϕ B.

Lieferung pr. April/Mai 10⁷/₁₂ à 1¹/₂ ϕ .

Spiritus loco ohne Faß 14⁵/₆ ϕ verk.

pr. März 15 ϕ Br.

pr. Frühjahr 15¹/₄ ϕ Br., 15 G.

Mai/Juni 15³/₄ ϕ Br., 15¹/₂ G.

Juni/Juli 16 ϕ B. u. Br.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 20. März Abends 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 6 Zoll.

am 21. März Morgens 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 6 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 20. März Nr. 0 und — Zoll.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 20. bis 21. März.

Im Kronprinzen: Hr. Professor Berghaus a. Potsdam. Die Hrrn. Kauf. Meyerheim a. Berlin, Jäger a. Blotho, Köhlig a. Benshausen. Hr. Direktor Haase a. Magdeburg. Hr. Kunsthd. Wendler a. München.

Stadt Zürich: Hr. Partik. v. Gräfe a. Berlin. Hr. Schiffsbaumstr. Schüler a. Stettin. Hr. Gutsbes. Gersdorf a. Teeg. Hr. Bergbeamter Müller a. Eisleben. Die Hrrn. Kauf. Wiese a. Bremen, Schauburg a. Dingelstedt, Holstein a. Braunschweig.

Goldene Ring: Hr. Hüttenmeister Zimmermann u. Hr. Faktor Zimmermann a. Rothenburg. Hr. Gutsbes. Schöning a. Lauenstedt, Korf a. Himerode.

Englischer Hof: Hr. Berg-Expectant Sello u. Hr. Kaufm. Chelker a. Berlin. Hr. Kaufm. Bertram a. Magdeburg. Hr. DeGAssessor Schröder a. Beeskow.

Goldene Löwen: Die Hrrn. Kauf. Jäkel a. Magdeburg, Geinig a. Jena. Hr. Dr. Juten a. Dresden. Hr. Aufseher Ströber u. Hr. Maschinenbauer Schleiner a. Berlin.

Stadt Hamburg: Hr. Fabrik. Franz a. Frankfurt. Die Hrrn. Kauf. Pistorius a. Magdeburg, Steinweg a. Arnberg. Hr. Gutsbes. Kreuzau a. Schwerin. Hr. Rittergutsbes. v. Hauenstein a. Rügen.

Schwarze Bär: Hr. Dekon. Kühne a. Rumpin. Hr. Modelleur Stegner a. Warmbrunn. Hr. Kaufm. Wötcher a. Braunschweig.

Goldne Kugel: Die Hrrn. Pferdehd. Becker u. Puge a. Buttstedt. Die Hrrn. Kauf. Eichapfel a. Weiskensels, Fischer a. Dresden. Hr. Dr. med. Franke a. Gießen.

Zur Eisenbahn: Hr. Major Beyer m. Sohn a. Berlin. Die Hrrn. Kauf. John u. Semer a. Frankfurt, Radeke a. Braunschweig. Hr. Dr. med. Salle a. Dresden.

Theater-Nachricht.

In den nächsten Tagen wird zum Besten des Tenoristen Herrn Kuhn, Abers allgemein beliebte Oper „Fra Diavolo“ in Scene gesetzt. Das Publikum hat die lebensfrischen Darstellungen des eben so fleißigen als talentvollen Künstlers stets mit dem allgemeinsten und wohlverdienten Beifalle ausgezeichnet. Die Halle'schen Kunstfreunde, welche wahres Verdienst und ehrenwerthes Streben immer freudig und dauernd anerkennen, werden gewiß Herrn Kuhns Benefiz-Vorstellung recht zahlreich besuchen.

G. Nauenburg.

Bekanntmachungen.

Zweiter offener Brief

an den Bürgermeister Herrn Prater in Vibra.

Motto: Sei bereit zu hören, und antworte was recht ist. (Sir. 5, 13.)

Herr Bürgermeister!

Wenn wir unter dem 16. Februar c. einen offenen Brief an Sie erließen, — siehe Beilage zu Nr. 42. des Haleschen Couriers und Halesche Demokrat. Zeitung Nr. 42. — so hatten wir noch die Meinung, daß Ehrensache Ihnen wie uns nicht gleichgiltig sei. Wir glaubten, Sie würden zur Beantwortung jener von Ihnen uns abgezwungenen Mittheilung und Frage denselben Muth haben, den Sie gehabt haben müssen, fünf Wahl- und Ehrenmänner in ihrem guten Recht zu verlegen, resp. zu verdächtigen. Sie schwiegen, — schweigen, und — enttäuschen uns. Entmuthigen aber — können Sie uns damit nicht; am allerwenigsten erwarten, daß wir gleichgiltig Ihr Stillschweigen hinnehmen und dasselbe nicht vielmehr als eine dringende Aufforderung für Weiteres ansehen sollten. Darum diesen zweiten offenen Brief an Sie; mit welchem wir Ihnen weder weh' thun, noch lieblose Buschritter und Splitterrichter überzeugen und für uns gewinnen, sondern lediglich der Wahrheit die Ehre geben, so wie endlich und hauptsächlich der öffentlichen Meinung für einen unparteiischen Richterspruch die nöthigen Argumente überliefern wollen. Im Verfolg dieser unserer Ehre und abgegebenen Aeußerung schuldigen Zweckerreichung müssen wir auf Ihre frühere Handlungsweise (in den Frühlingsmonaten 1848) zurückgehen und Sie ganz ergebenst wiederholt fragen:

1) Was konnte Sie berechtigen, mit Entrüstung und Angesichts Mehrerer, in öffentlicher Schenkstube 14/15 der hiesigen Einwohner für Unvernünftige zu erklären? — —

2) Welche Vernunftgründe hatten Sie für die an demselben Orte ausgesprochene Behauptung, daß jene Stadtverordneten, welche den Pächter u. angenommen, Dachsen wären? — —

Noch könnten dergleichen inhaltschwere Fragen Ihnen so manche vorgelegt werden; indeß für den Weisen ist dieses Fragenpaar genug und mehr denn überzeugend, daß Sie Beamten gewissenhaftigkeit und Humanität hier wie dort verlegt, mit solchen diktatorischen Aussprüchen Unzufriedenheit und Erbitterung erzeugt, — somit aber Konflikte in dem — gegenwärtig so sehr bedrückten und verrufenen!? — Städtchen Vibra zwischen sich selbst und der Bürgerschaft herbeigeführt haben, welche schmerzlich und folgeschwer sind!? — — Lesen Sie gefälligst Sprüche Salomon. 17, 27. für Ihre Ueberzeugung, daselbst Kap. 12, V. 17. aber zu unserer Rechtfertigung — in beiden Stellen alinea 1. —

Ob, wann und wie Sie diesen Brief zu beantworten gedenken, kann diesmal — geehrtester Herr Bürgermeister — aus sehr einleuchtenden Gründen, für uns nicht Gegenstand besonderer Erwähnung sein; — (Sir. 20, V. 5.) — darum ganz nach Ihrer Bequemlichkeit und nach Ihrem besten Wissen.

Es zeichnen ergebenst

Vibra, den 14. März 1849.

Brutschke. Döring. Herhold. Kirsten. Bögel.

Auction. Mittwoch d. 28. März c. und den folgenden Tag, von Vormittags 9 Uhr an, sollen in der Scheune des Hofrath Schwabe in der großen Petersgasse allhier verschiedenes Hausgeräthe, Meubles, Bilder in Rahmen, Bücher, Rheinwein in Flaschen, leere Weinfässer, 4 in gutem Zustande befindliche Kutschwagen, ein Schlitten, Kutschzeug auf 2 Pferde, metallene Schlittengeläute, Reit- und Fahr-sattel, ein Ackerwagen und einige Wagenräder, ferner Heu, Stroh, Kartoffeln, Bretter und mehreres Andere meistbietend verkauft werden.

Das Verzeichniß der zu verkaufenden Gegenstände kann einige Tage zuvor eingesehen werden.

Eisleben, d. 16. März 1849.

Melcher,
Auctionator.

Ein reinliches fleißiges Mädchen findet zum 1. April einen guten Dienst in Meitner's Garten.

Eine verschließbare Marktbude ist zu verkaufen Markt Nr. 940.

Stadt-Theater in Halle.
Freitag den 23. März. Zum Benefiz für Herrn Kuhn: **Fra Diavolo**, romantische Oper in 3 Akten von Auber.

Ein Oekonomie-Verwalter, der soeben seine Militairpflicht geleistet, sucht eine anderweitige Stelle als Verwalter, und kann derselbe sofort oder zu Ostern antreten. Frankirte Adressen mit O. P. M. wird Herr Robert Lehmann in Halle weiter befördern.

Ein junges Mädchen anständiger Familie aus der Umgegend von Halle sucht unter bescheidenen Ansprüchen ein Unterkommen und hält sich noch einige Tage hier auf; desfallsige gütige Offerten werden entgegengenommen große Ulrichsstraße Nr. 49 beim Tischlermeister Louis Capson.

Allen, welche sich uns als Freunde bewiesen haben, sagen bei ihrem Umzuge von hier nach Apolda, um freundliches Andenken bittend, ein herzliches Lebewohl

Wilhelm Preißer
nebst Frau.

Cardtsberga, den
20. März 1849.

Eine Wirthschafterin von gesehten Jahren, die hinsichtlich ihrer Tüchtigkeit und Sittlichkeit sich genügend auszuweisen vermag, wird zu Johannis c. auf ein Gut bei Bitterfeld gesucht. Hauptbedingung ist die Führung der Viehwirthschaft und des Molkenwesens. FrankirteAdr. mit St. A. bezeichnet befördert die Expedition des Couriers.

Am 14. d. M. Abends ist von der großen Ulrichsstraße bis in den Stadt-Schießgraben ein großes schwarzes, mit bunten Blumen durchwirktes Umschlagetuch verloren oder in einer Droschke liegen geblieben. Dem ehrlichen Finder wird bei Abgabe große Ulrichsstraße Nr. 5 bei Händler eine gute Belohnung zugesichert.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rath entschlief heute früh 12^{1/2} Uhr unsere innig geliebte Tochter und Schwester Clara Gehry in dem blühenden Alter von 21 Jahren. Wer die Selige kannte, wird unsern tiefen Schmerz ermessen und uns ein silles Beileid nicht versagen.

Wiehe, am 19. März 1849.

Der Königl. Steuer-Einnehmer und Postexpediteur Gehry und Familie.

Kammerverhandlungen.

Zweite Kammer.

Berlin, den 19. März.

Die Adressdebatte wurde nach Erledigung einiger unerheblicher Gegenstände damit eröffnet, daß die Linke, die früher gegen die Abfassung einer Adresse deshalb stimmte, weil unter anderm die Debatte zu viel Zeit wegnehme, auf den Antrag des Berliner Abgeordneten Berends, vor der Diskussion der einzelnen Paragraphen eine allgemeine Diskussion fordere. Die ganze Versammlung stimmte dem Antrage fast einmütig bei. Nachdem der Berichterstatter von Linde den im Courier Nr. 63. mitgetheilten Entwurf vorgelesen hatte, wurden die Amendements vorgelegt. Der Adressentwurf der Kommission lautet nämlich in den zwei ersten Absätzen:

1) „Königliche Majestät! Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das preussische Volk die Feststellung desselben durch die Verfassung vom 5. Decbr. v. J. dankbar erkannt.“

2) „Auf Grund derselben zum ersten Mal versammelt, werden die Mitglieder der zweiten Kammer voll Ehrfurcht und Treue gegen Eure Königl. Majestät und feststehend auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie sich der Revision der Verfassung — des nunmehr gültigen Grundgesetzes des preussischen Staates — auf dem im Artikel 112 daselbst vorgezeichneten Wege mit dem dieser großen Aufgabe entsprechenden Eifer unterziehen.“

Dagegen beantragte der Arzt Dr. Kosch in Verbindung mit einigen andern folgende Fassung:

„Ew. Majestät haben am 5. Dec. v. J. dem preussischen Volke eine Verfassung verliehen. Berufen zur vorbehaltenen Revision derselben durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Heil des Vaterlandes vor Allem von einer aufrichtigen Verständigung zwischen Fürst und Volk abhängt, werden wir uns dieser Aufgabe mit Ernst und Eifer unterziehen, um dadurch die bereits im vorigen Jahre gesetzlich festgestellten Rechte des Volkes zur vollen Geltung zu bringen.“

Pape, Seffner aus Merseburg, Daubert aus Nordhausen, Zimmermann u. a. schlugen vor:

„Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das preussische Volk die Verfassung vom 5. Dec. v. J. angenommen. Auf Grund derselben zum erstenmal versammelt, werden die Mitglieder mit dem dieser großen Aufgabe entsprechenden Eifer und dem festen Vertrauen unterziehen, dieses Grundgesetz mit den durch frühere Gesetze geheiligten Rechten in vollen Einklang zu bringen.“

In dem 7., 8. und 9. Absatz lautet der Adressentwurf der Kommission:

„Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigern Vereinigung der deutschen Staaten, sind wir dem Bestreben Eurer Königl. Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesstaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche Bedingung der Stärke Deutschlands sein wird. Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regierungen mit der deutschen Nationalversammlung zu einem erwünschten Ziele führen werde. Sollten einzelne Mitglieder des deutschen Bundes durch die eigenthümliche Zusammenfassung ihres Gebiets oder aus andern Gründen sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird es, wie wir zuversichtlich erwarten, E. K. M. Regierung dennoch gelingen, unbeschadet fortwauernder Bundesgemeinschaft aller deutschen Staaten, die Bildung des engeren Bundesstaates innerhalb derselben zu erreichen.“

Dafür schlug der Abg. Blömer vor:

„Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigern Vereinigung aller deutschen Staaten sind wir . . . mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht scheuen, weil es entschlossen ist, seine eigne Stärke in der Stärke Deutschlands zu finden. Wir hoffen, daß die deutsche Nationalversammlung in Verständigung mit den deutschen Regierungen zu dem erwünschten Ziele eines alle deutschen Staaten umfassenden Bundesstaates baldigt gelangen und daß es allseitig redlichem Bemühen dabei gelingen werde, die Durchführung der unerlässlichen Bedingungen dieser Staatsform mit der gerechten Berücksichtigung der besondern Lage und Stellung einzelner deutschen Bundesstaaten zu vereinigen. Sollten der Erreichung dieses Zieles, des einzigen, das wir mit ungetheilter Freude begrüßen können, zur Zeit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und alle desfalligen bisherigen Anstrengungen einstweilen nur eine engere Verbindung unter denjenigen deutschen Staaten, bei denen Schwierigkeiten dieser Art nicht obwalten, herbeizuführen im Stande sein, so wird, wie wir zuversichtlich erwarten, E. K. M. Regierung sich nur für eine solche Gestaltung dieser

engern Verbindung aussprechen, welche die künftige Bildung eines das ganze große Vaterland umfassenden Bundesstaates in keiner Weise erschwert oder beeinträchtigt.“

Alsdann hatte die äußerste Linke, wo Kratrugge, Jung, Berends, Walbeck, Schramm, Eydam aus Weiskensfeld, Jacoby, Elsner u. a. sigen, folgenden Entwurf vorgelegt:

„Majestät! Die Preussische National-Versammlung ist in Folge von Ereignissen, welche dem Lande noch in frischem Gedächtnisse sind, von Eurer Majestät am 5. December v. J. wider ihren Willen aufgelöst worden. Ihr bald vollendetes Werk, eine der Bildungsstufe, den Anforderungen und Bedürfnissen des Volkes entsprechende Verfassung ist dadurch unterbrochen, der öffentliche Rechtszustand tief erschüttert und die Hoffnung auf baldige Erfüllung der von Eurer Majestät im März vorigen Jahres ertheilten Verheißungen hinausgeschoben worden. Das Volk hat abermals durch Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes Vertreter gewählt, um das unterbrochene Werk der National-Versammlung zu vollenden, die von Eurer Majestät am 5. December v. J. veröffentlichte Verfassungs-Urkunde, welche ohne die Zustimmung der Volksvertreter keine Rechtsgültigkeit hat, zu beraten, den Anforderungen des Volkes Geltung zu verschaffen und so mit Eurer Majestät die zukünftige Verfassung des preussischen Staates festzustellen. Die seit dem 5. December v. J. erlassenen Verordnungen, welche uns vorgelegt werden sollen, werden wir einer ernsten Prüfung unterziehen, halten uns aber, durchdrungen von der Nothwendigkeit des Grundgesetzes, daß kein Gesetz ohne die Mitwirkung und Zustimmung der Volksvertretung gegeben werden könne, und berufen, die unveräußerlichen Rechte des Volkes aufrecht zu erhalten, für verpflichtet, gegen die vorläufige Gültigkeit jener so tief in das Staatsleben eingreifenden Verordnungen Verwahrung einzulegen. Wir werden die Berathung und Beschlußnahme über alle zur Ausführung der Verfassung notwendigen Gesetze um so rascher vornehmen, als wir überzeugt sind, daß nur dadurch, so wie durch die geeignete Umgestaltung der Verwaltung des Heerwesens und der Strafgesetzgebung das noch immer tief erschütterte Vertrauen zurückkehren und Handel und Gewerbe sich von der Lähmung erholen werden, welcher sie zu erliegen drohen. Schmerzlich hat es das ganze Volk empfunden, daß über die Hauptstadt und viele Orte des Landes der Belagerungsstand verhängt worden ist. Die gesetzlich gewährleisteten Grundrechte des preussischen Volkes aufgehoben worden sind, an die Stelle der Herrschaft der Gesetze die der Gewalt und der Willkür getreten ist. Es ist unsere erste Pflicht, Ew. Majestät zu erklären, daß wir die Fortsetzung des Belagerungs-Zustandes an den Orten wo er noch besteht, für unverträglich mit der Rückkehr der Herrschaft der Gesetze und der Wohlfahrt des Landes halten, vorzüglich aber in der Hauptstadt, wo wir, die Volksvertreter, jetzt unsere für die Zukunft des preussischen Volkes so wichtige Berathungen beginnen sollen. Das Rechtsgefühl des Volkes fordert eine baldige Amnestie für diejenigen, welche das Verwürfnis zwischen den verschiedenen Staatsgewalten und die Aufhebung der Herrschaft der Gesetze dem Kreise ihrer Familien entzogen oder in Unterjochung verwickelt haben. Wir werden aus den uns vorzuliegenden Staatshaushaltsetats erssehen, in wie weit, ungeachtet der im Vergleich gegen die Vorjahre zu erwartenden Verminderung des Steuer-Einkommens, der für verschiedene Ausgabezweige, namentlich für öffentliche Arbeiten erforderliche Mehrbedarf ohne Steuer-Erhöhung und ohne neue Benützung des Staatskredits wird gedeckt werden können. Bei Berathung und Feststellung der Staatshaushaltsetats werden wir bedacht sein, alle mit der Wohlfahrt des Landes verträglichen Ersparnisse, insbesondere in der Verwaltung und dem Heerwesen, einzuführen, welche die Staatsregierung in den Stand setzen werden, mehr, als bisher geschehen ist, für die Verbesserung der Lage der hart gedrückten ärmern Volksklassen und des Volksschulwesens zu thun. Zur Erreichung des großen Zieles der innigen Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einer Staatseinheit werden wir jederzeit bereitwillig mitwirken. Wir glauben jedoch, daß die erste Bedingung der Einheit Deutschlands die Sicherung der Freiheit und die Befestigung der Rechte des Volkes ist. Die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen Eurer Majestät Regierung zu den übrigen Staaten berechtigen uns auch zu der Hoffnung, daß bei den neuerdings wieder drohenden Zerwürfnissen mit der Krone Dänemarks Preußen alle ihm zu Gebote stehende Kraft anwenden werde, um endlich einen mit der Ehre Deutschlands und den materiellen Interessen seiner Bewohner verträglichen Frieden herbeizuführen. Sehnsüchtig erwartet die lang unterdrückte Nationalität der polnischen Staatsangehörigen die Verwirklichung der ihr wiederholt zugesicherten Rechte. Wir theilen den Schmerz um den Verlust eines Prinzen Eurer Majestät Königl. Hauses. Das Vaterland wird uns zu jeder Zeit bereit finden, nach unseren Kräften beizutragen, daß die Forderungen des Volkes erfüllt, seine Freiheit und seine Rechte gesichert werden. Wir hoffen, daß mit Eurer Majestät Beistand dieses Ziel erreicht, die Ehre und der Ruhm Preußens erhöht und unserem Vaterlande eine friedliche und segensreiche Zukunft bereitet werde.“ Berlin, d. 15. März 1849. D'Estier, Besendonck, J. Guittienne, Schneider II. (Göln), Verjolla.

Caspar v. Baur. (Adenan). Schmiedicke (Leobschütz, Neustadt). Dr. Grün. Krackrügge. Walde. Dr. Schramm. Jung. Plath (Stolz, Laenburg u.). Pape (Münsterberg, Frankenstein, Nimpfisch). Berends. Eßer. Schwarz (Ankerburg, Gumbinnen). Reuter (Berlin). Richter, Kanonikus. Ziegler. v. Lipski. M. Großjohann. Maegge. Bartoskiewicz. Gottfried Kinkel. Neumann. Ditto. Marke. Toebe. Th. Simon (aus Trier). Schily. Gierse. Rambu. Bauer (Stolz). Behnsch. Messerich. Görz. Wrisberg. Dr. Jacoby. Heitemeyer. Schornbaum. Knyll. Skiba. Esser. Elsner. Zunderer. Eydam. Pawliski. Ebel. Körner. Lisiecki. Palacz. Borchardt. Bucher. Stein. Schmidt.

Endlich hatte auch die Fraktion Robbertus-Urruh den stilistischen Versuch eines Adressentwurfs in folgendem gemacht:

„Ereignisse, die uns Allen in frischem Gedächtnisse sind, haben den öffentlichen Rechtszustand Preußens tief erschüttert. Die um Eurer Majestät Thron versammelten Volksvertreter sind von der ersten Pflicht durchdrungen, zu seiner Wiederherstellung nach Kräften beizutragen, und den aufrichtigen Wunsch der Verständigung mit Eurer Majestät Regierung durch sofortige Revision der Verfassungs-Urkunde vom 5. December v. J. an den Tag zu legen. Die Uebereinstimmung der revidirten Verfassung mit den von Eurer Majestät im März v. J. ertheilten Verheißungen und dem Gesetze vom 6. April desselben Jahres, so wie eine diesen Grundsätzen aufrichtig ergebene Verwaltung, werden das Vertrauen zurückführen, ohne welches Handel und Gewerbe sich nicht von der Lähmung erholen können, der sie zu unterliegen drohen. Der Belagerungszustand, womit Eurer Majestät Regierung die errungenen, durch das Gesetz geheiligten Freiheiten des Volkes in ihrer Hauptstadt und in anderen Theilen des Landes außer Kraft zu setzen sich veranlaßt sah, lastet zu schwer auf dem Rechtsbewußtsein und dem Freiheitsfinn des Volkes, als daß wir nicht die schleunigste Aufhebung desselben dringend empfehlen müßten. Die von Eurer Majestät Ministerium erlassenen tief in das Staatsleben eingreifenden vorläufigen Verordnungen, so wie alle übrigen Gesetzes-Vorlagen, welche zur Begründung und Sicherung der verfassungsmäßigen Freiheit, so wie zur Hebung der Wohlfahrt der bedrängten ländlichen und städtischen Bevölkerung nothwendig sind, werden der Gegenstand unserer gewissenhaftesten Prüfung sein. Wir werden es als eine unserer Haupt-Aufgaben betrachten, sie dem Geiste des 2. Titels der Verfassungs-Urkunde: „von den Rechten der Preußen“ anzupassen und dadurch diese Rechte selbst zur Wahrheit zu machen. Die angenommene freiwillige Anleihe und die erfolgte Ausgabe von Darlehns-Kassenscheinen haben neben der Verwendungs des Staatschatzes und der regelmäßigen Einnahmen Eurer Majestät Regierung in den Stand gesetzt, ohne anderweitige Benutzung des Staatskredits und ohne Steuererhöhung die Mehrausgaben des vorigen, wie den Mehrbedarf des laufenden Jahres zu decken. Wir sehen der in Aussicht gestellten Rechenschaft entgegen. Den Staatshaushalts-Etat sowohl für das laufende Jahr, wie für das Jahr 1850, werden wir gewissenhaft prüfen und nach Maßgabe der wahren öffentlichen Bedürfnisse feststellen, um bei Fortdauer des Friedens, ohne die Vertheidigungsmittel des Landes zu schwächen, diesem doch die Ersparnisse zuzuwenden, welche eine weise Verwaltung der Staatseinkünfte ermöglichen wird. Eine gerechte Steuervertheilung wird wesentlich zur Erleichterung der Lasten des Volkes beitragen. Ew. Majestät Regierung wird uns stets bereit finden, zur innigen Vereinigung aller deutschen Stämme unter einer Verfassung mitzuwirken, welche den Bedürfnissen Deutschlands wie den gerechten Erwartungen seines Volkes entspricht. Wenn in diesen Tagen von der deutschen verfassunggebenden Versammlung entscheidende Beschlüsse gefaßt werden, so wünschen wir nichts sehnlicher, als daß Ew. Majestät Entschluß übereinstimmend ausfallen möge, damit Preußens Kraft und Ruhm zur Stärkung Deutschlands, wie zur Erfüllung der gespannten Hoffnungen seines Volkes unauf löslich mit dem theuren Gesamtvaterlande verbunden werde. Wir haben gern vernommen, daß die friedlichen und freundlichen Beziehungen Preußens zu den fremden Staaten im Allgemeinen keine Störung erlitten haben. Wir hegen die Erwartung, daß Ew. Majestät Regierung mit Aufmerksamkeit den Bewegungen dieser Staaten folgen und die Preußen gebührende Stimme überall im Sinne der Gerechtigkeit und Ehre, der wahren Interessen Deutschlands wie Preußens geltend machen wird. Bei Befolgung solcher nationalen Politik kann auch die erfolgte Kündigung des Waffenstillstandes von Malmö Seitens der Krone Dänemarks uns die Hoffnung nicht rauben, daß die Differenzen mit diesem Lande, durch welche im vorigen Jahre der Frieden und mit ihm Handel und Schifffahrt unterbrochen wurden, endlich auf eine befriedigende Weise erledigt werden.“ Robbertus. v. Berg. Grün. J. Riorte. v. Lipski. Haack. Unterstützt von: v. Urruh. Knauth. Phil-lips. Schwiderath. Heinze. Motherby. Müller (Brieg). Moriz Schellenberg. Majus. Gruwe. Par. Müller (Zell). Hansen. Blißener. Broich. Doerd. Ludwig. Arng. Pfeiffer. Pflücker. Parrisius. Schneider (Schönebeck). Bruchhausen. v. Merdel. Cebert.

Zu der allgemeinen Diskussion sprachen gegen den Adressentwurf der Kommission der Kaplan von Berg, Jacoby, Waldeck, Haack, der Delitzscher Schulze, v. Ester. Diese Sprecher haben höchst merkwürdige Gedanken ausgesprochen, die zum Theil in der Geschichte ganz unerhört sind. Der katholische Kaplan Berg behauptete: in konstitutionellen Staaten sei die Adresse eine bloße Ministerfrage, als wenn sie nicht vielmehr in allen konstitutionellen Staaten eine Antwort auf die Thronrede des Königs sei. Nach ihm ist die Adresse der Entwurf einer Parthei, ohne Kritik der Regierungsmassregeln, sie müsse so eingerichtet werden, daß die ganze Kammer, auch die Linke sie annehmen könne d. h. sie müsse im Sinne der Linken und der Männer sein, die in der Nationalversammlung erklärt haben, sie wären Republikaner. Er erklärte sich bereit zur Revision, aber von der Anerkennung der Rechtsgiltigkeit erwähnt er kein Wort, diese Frage soll umgangen werden, damit man nachher die Verfassung desto sicherer zur bloßen Vorlage umstempeln und das lockere Spiel von Anno 48 wieder beginnen könne. Jacoby spielte wieder, wie immer, die Rolle des geraden Mannes, er ging mit der Sprache gerade heraus und verwarf die Verfassung nach Inhalt und Ursprung. Den größten Widerwillen der Linken erregte der Umstand, daß bei der Adressdebatte der Grundfals, ob die Verfassung zu Recht bestehe oder nicht, entschieden werden solle. Die Linke will diese wichtige Entscheidung verschoben bis zur Revision. Die große Frage, nach deren Lösung und endgiltiger Entscheidung das preussische Volk verlangt, weil es endlich wissen will, wie es daran ist, soll offen bleiben bis zur Revision. Alle Redner von der Linken behaupteten, daß, wenn schon jetzt über die Rechtsgiltigkeit der Verfassung, vorbehaltlich der Revision, entschieden würde, diese Entscheidung die Angelegenheiten des Landes verwirre. Schulze aus Delitzsch ritt wieder das alte Paradespferd der Demokraten, er sprach von der „unumschränkten Souveränität der zweiten Kammer.“ Sollen wir unsre Ansichten über die Reden der Linken, wie sie in Auszügen der deutschen Reform vorliegen, zu einem einzigen Urtheil zusammenfassen, so müssen wir sagen, die Reden der Linken bewegen sich in Trivialitäten und abgenutzten Sophistiken herum. Aus jedem Urtheil sieht Unkenntniß, die Sucht zu radotiren und Mangel an sittlicher Kraft.

Für den Entwurf sprachen Graf Renard, Scherer, Bodelschwing, Arnim und zuletzt Vinke in seiner bekannten haarscharfen kritischen Weise. Einen tiefen Eindruck sollen die Reden Bodelschwings und Arnims hinterlassen haben. „Ich glaube allerdings — sagte Bodelschwing — daß wir uns einem konstitutionellen Ministerium gegenüber befinden, denn erstens ist dasselbe von einem konstitutionellen Könige ernannt worden, und zweitens ist es dem Lande für seine Handlungen verantwortlich. Es liegen der Kammer jetzt 2 Adress-Entwürfe vor; zu dem einen bekenne ich mich mit vollem Herzen; den andern möchte ich als den Entwurf unserer politischen Gegner bezeichnen. Beiden Entwürfen kann man in der That nachsagen, daß sie unumwunden das aussprechen, was wir wollen und wünschen, namentlich aber ist der Entwurf unserer Gegner überaus offen und hat mich über Bestrebungen aufgeklärt, von denen ich früher nicht einmal eine Ahnung hatte. (Heiterkeit auf der Linken.) Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir zeigen müssen, ob wir unter dieser oder jener Fahne uns schaaren wollen. Die Gegner sagen: wir haben keine Verfassung, da dies Ministerium nicht einseitig dieselbe feststellen kann. Ich stimme damit überein, daß das Ministerium nicht das Recht hat, Gesetze zu oktroyiren; aber unsere Gegner wagen es auch abzuleugnen, daß die Verhältnisse nicht so dringend gewesen, daß eine Verfassung oktroyirt werden mußte; und doch war es damals nöthig, das Vaterland von dem Abgrunde des Verderbens zu retten — ich will nicht sagen, wer das Volk an den Rand dieses Abgrundes gebracht hatte. Aber so viel steht fest, daß in jener Zeit drei Mächte vorhanden waren: die Krone, die Nationalversammlung und die wilden Haufen, welche um die Nationalversammlung tobten. Der Schritt des Ministeriums hat faktisch das Vaterland gerettet. Dafür wollen wir ihm unsern freudigen Dank aussprechen. Ich habe zwar den Jubel des Volkes über die oktroyirte Verfassung nicht gehört; denn ich befand mich damals gerade in ländlicher Zurückgezogenheit; wohl aber habe ich die Stimme des Volkes vernommen, welche sich so laut und deutlich in den Wahlversammlungen für die Gültigkeit der Verfassung ausgesprochen hat. Ich begreife nicht, wie Sie meine Herren (zur Linken) hier sitzen können, wenn sie jene Stimme überhört haben. — Wir sind als die konstitutionelle zweite Kammer hierher gesandt; betrachten wir uns nicht als solche, so sind wir eine unbeschlußfähige Versammlung. (Bravo zur Rechten.) Man sagt zwar auf jener Seite (der Linken): wir sind auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hier. Wäre dies jedoch der Fall, so hätten wir nicht nöthig gehabt, bei den Wahlprüfungen darnach zu fragen, ob ein Abgeordneter die absolute Majorität gehabt oder nicht; denn im allgemeinen Wahlrecht steht kein Wort von einer absoluten Majorität. Dann hätte nur irgendwer auf offenen Markt hintreten

dürfen und sagen: „wählt mich“, um hier Zutritt zu erhalten. Unsere Gegner, welche die Stimme des Volkes überhört haben und die Verfassung nicht als gültig anerkennen wollen, beschwören eine Reaktion herauf, die größer sein wird, als die vielbesprochene Reaktion des Junkertums und der Kamarilla. Ohne Verfassung sind wir kein konstitutionelles Volk. Erkennen Sie die oktroirte Verfassung nicht an, so rauben Sie dem Volke alle die Freiheiten, welche die Konstitution dem Volke gegeben hat. Sie führen das Land in jene Zeiten zurück, wo das konstitutionelle Werk erst begonnen werden sollte, Sie vernichten den Boden, auf welchem wir stehen und stürzen das Land in neue Verwirrungen. Wir hingegen erkennen die Verfassung als rechtsgültig an und laden Sie zu dieser Anerkennung ein. Wir wollen hier nicht die Berechtigung untersuchen, eine Verfassung zu oktroiren, wir halten uns nur an das Faktum, Sie drohen uns, daß Sie auch dann an der Rechtsgültigkeit der Verfassung rütteln wollen, wenn wir dieselbe hier ausgesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen; wenn wir erst diesen Boden errungen, so fürchten wir die Erschütterung durch Ihre Mäkeleien nicht! Ich fühle meinen Beruf nicht darin, das Volk auf die Höhe der März-Revolution zu stellen, sondern die Rechte, welche dem Volke durch die oktroirte Verfassung verliehen worden, hier zu wahren und auszuüben; denn wir stehen der Krone mit dem Bewußtsein gegenüber, daß sie das Wohl des Volkes will und nur über die Mittel haben wir uns zu verständigen. Unsere Adresse ist übrigens keine Adresse der ministeriellen Partei. (Bravo zur Rechten.)

Berlin, den 20. März.

Die zweite Kammer hat über die zwei ersten Absätze der Adresse, in welchen die Rechtsgültigkeit der Verfassung ausgesprochen ist, entschieden. Der erste Satz heißt:

„Königliche Majestät! Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das preussische Volk die Feststellung desselben durch die Verfassung vom 5. Dec. v. J. dankbar erkannt.“

Der Satz des Adressentwurfs wurde bei namentlicher Abstimmung von 172 gegen 161 Stimmen angenommen.

Der zweite Satz des Entwurfs lautet:

„Auf Grund derselben zum ersten Male versammelt werden die Mitglieder der zweiten Kammer voll Ehrfurcht und Treue gegen Eure königliche Majestät und feststehend auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie sich der Revision dieser Verfassung — des nunmehr gültigen Grundgesetzes des preussischen Staates — auf dem im Artikel 112 daselbst vorgezeichneten Wege mit dem dieser großen Aufgabe entsprechenden Eifer unterziehen.“

Bei namentlicher Abstimmung wurde dieser Satz mit 175 gegen 158 Stimmen angenommen.

Die Verfassung vom 5. Dec. v. J. ist daher als rechtsgültiges Staatsgrundgesetz angenommen.

Die beiden ersten Sätze des Entwurfs von D'Estier wurden von 256 gegen 62 verworfen. Pap aus Magdeburg stimmte mit D'Estier, Jacoby, Schramm u. a. Radikalen.

Die beiden ersten Sätze aus dem Entwurfe von Nobbertus wurden mit 211 Stimmen gegen 120 verworfen.

Desgleichen wurden die Amendements von Thiel, Kosch, Pape und Rohden abgelehnt.

Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, d. 19. März.

Auch zu der heutigen Sitzung hat sich wieder eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden und schon von halb neun Uhr an die Galerien und die Tribünen in dem Saale besetzt. Um ein Viertel nach neun Uhr wird die Sitzung unter den gewöhnlichen Formlichkeiten eröffnet. Nach Verlesung des Protocolls macht der Präsident Simson von dem Eintritt zweier Mitglieder — Herr Bendelow aus Kranz (Posen) ist an die Stelle des Abg. von Schlotheim, Herr Siehr aus Mühlhausen (preuß. Sachsen) für Hr. v. Rönne eingetreten — und von neu eingelaufenen Marinebeiträgen Mitteilung.

Der Uebergang zur Tagesordnung führt zur Fortsetzung der am Sonnabend abgebrochenen Debatte über den Welcker'schen Antrag. Es erhält zuerst das Wort

Wydenbrugg von Weimar. Der Redner widerlegt zunächst die von Bogt in der letzten Sitzung geäußerten Ansichten, daß man Oesterreich den Krieg erklären, daß man einen Dictator ernennen solle. Er meint, daß, wer die Welt aus ihren Angeln heben wolle, zunächst einen Standpunkt haben müsse. Dann führt er an, wie sehr der Particularismus emporküchere, gerade an solchen Orten, wo man im März des vorigen Jahres am lautesten für eine deutsche Einheit sich ausgesprochen, z. B. in den sächsischen Kammern. Der Redner sucht sodann die Ursachen dieses Particularismus nachzuweisen. Er findet sie erstens in der natürlichen Abspan-

nung, welche auf eine große Anstrengung folgt, zweitens in der Ermattung, welche dann eintritt, wenn eine große Versammlung unendlich lange beräth, ohne zu einem Abschluß zu kommen. Er fürchte deshalb nicht, während die Oestroirung, sondern den Marasmus, in den das Volk verfallen werde. „Wir müssen“, ruft Herr Wydenbrugg aus, „jezt einen Beschluß fassen, der doch einmal über kurz oder lang gefaßt werden muß, sonst kommen wir zu gar keinem Beschluß.“ Herr v. Radowiz habe vor Ueber-eilung gewarnt, auch er habe, so lange noch eine Wahl möglich gewesen, sich redlich bemüht, einen Weg zu finden, der Deutschland in eine weniger bedrängte Lage führt. Aber was Herr v. Radowiz anführe, sei dieser Weg nicht; eine längere Zögerung würde im Gegentheil ganz bestimmt Republikaner und Kosaken auf unsere Fluren locken. Auf Oesterreich kommend, meint der Redner, man habe schon oft gesehen, daß die Staatsmänner nach großen Siegen der Heere die organischen Kräfte des Staats nicht mit in Rechnung bringen; dies sei auch jetzt wieder der Fall. Er glaube aber an einen Sieg der Idee, die viel mächtiger ist als Waffengewalt. Wenn wir die Oesterreicher auch jetzt mit bitterem Schmerz scheiden sehen, sie werden gewiß wiederkehren. Daß Preußen an die Spitze treten müsse, darüber seien die Meisten im Wesentlichen einverstanden, weniger aber in der Form. Was nun hier den Vorschlag einer zeitweiligen Uebertragung der Kaiserkrone betreffe, so sei dieser ebenso unausführbar als unheilbringend. Unausführbar, denn Preußen kann nun und nimmermehr darauf eingehen; unheilbringend, denn wenn wir jetzt nicht irgend eine feste Regel schaffen, dann hat das deutsche Volk keinen Schwerpunkt, dann würde dem Particularismus, der Sonderstellung Oesterreichs, der Diplomatie des Auslandes und endlich den Factoren in die Hände gearbeitet. Bevor das dritte oder sechste Jahr sein Ende erreichte, stünde es um Deutschland nicht besser, sondern viel schlechter (Zustimmung.) Seine, des Redners, Meinung ist: der Staat Preußen soll als Vorort an die Spitze treten, ihm das Herz gegeben, die Vertretung dem Auslande gegenüber, die Ernennung der Minister übergeben werden. „Ich schließe mich, fährt er dann fort, entschieden der Ansicht des Erbkaisers an; die Lage der Dinge in Deutschland ist jetzt so, daß alle Bedenken schwinden müssen. Woher ist es denn gekommen, daß in Deutschland nie etwas Großes zu Stande gekommen ist? Weil Alles an der Halsstarrigkeit scheiterte, Jeder seinen eigenen Weg gehen wollte; darum ist es notwendig, daß wir der deutschen Nation mit einem großen Beispiele vorangehen.“ Auf die Spaltung zwischen Nord- und Süddeutschland, von der jetzt immer geredet werde, übergehend, sagt er: „Mich erfüllt es immer mit dem tiefsten Schmerz, wenn man diese Gegensätze macht, ob nicht eben im ganzen Deutschland das volle deutsche Leben liege. Wenn die Mission Deutschlands erfüllt werden soll, dann müssen wir ein Haus bauen auf festgegründeten Säulen, mit weit geöffneten Pforten. Da tritt jeder gern ein und am meisten der, der in einem weniger guten Hause wohnt. Gründen wir, schließt er, eine feste Gegenwart, und wir werden auf eine heitere Zukunft hoffen dürfen.“ (Beifall von den Centren. Bisken links.)

Abg. Raveaux: Heute sei es ein Jahr, als um dieselbe Stunde ein Friedensbote zu den Barrikaden Berlins gekommen, als die Bürger Preussens sich der gebrochenen Knechtschaft erfreuten. Damals habe der preussische Königsthron gewankt, heute, am Jahrestage, sei man damit beschäftigt, einen Kaiserthron daraus zu machen. Ob dies nicht ein Zeichen sei, welches zu Ungunsten der Versammlung spreche, die noch im Monate Juni einen gleichen Antrag des Abgeordneten Braun mit Hohn zurückgewiesen habe. (Bewegung in verschiedenem Sinne.) Der Redner fragt, welche Garantien Berlin für Deutschland biete. Er vermöge solche nicht im Ministerium Rantewitz zu erblicken, nicht in der zweiten Kammer, welche noch weniger deutsch sei, als die erste, da in ihr, wie die Nachricht eingelangt sei, der Antrag auf Einführung der deutschen Grundrechte und zwar durch die Linke verworfen worden. Was man dann erst von der Rechten dieser Kammer zu erwarten habe? Was von der preussischen Ansicht, daß die deutsche Frage nur dazu diene, den hohen Werth Preussens kennen zu lernen. Von Berlin aus sei die Nationalversammlung geschwächt worden. Man habe, wie sich Hr. v. Kirchberg in einem Ausschusse geäußert, die Truppen aus Soltein zurückgezogen, weil man sie in Berlin gebraucht. Preußen habe dadurch die N. V. förmlich gezwungen, den Waffenstillstand anzuerkennen und ihr dadurch das Vertrauen des Volkes genommen. — Man spreche so viel von den Gefahren, welche Deutschland bedrohten, welche einen so großen Umschwung in den Parteilansichten dieser Versammlung hervorgerufen. Er frage, wo die Gefahren seien, von welchen Herr v. Radowiz und Andere gesprochen? Er seines Theils finde die größte Gefahr in der Wahl eines Erbkaisers, welchen Oesterreich, der realigöse Haß, der Particularismus bekämpfen würden. Eine Säuerung im Innern werde bleiben, ob man den Erbkaiser mache oder nicht. Es sei die Säuerung des jungen Weins. Ob man glaube das Sünbloch stopfen zu können? Und wenn eine Erbkaiserkrone der Spund wäre, die Säuerung würde ihn herauspressen und Faß sammt Reif zertrümmern. (Bravo links.) Preußen, als Gesamtstaat im Bundesstaate fortbestehend, würde eine Nationalregierung und Vertretung unmöglich machen. Welche Gewalt das künftige Volkshaus sich vorbehalten wolle, wenn ihm gegenüber ein

preussisches Volkshaus bestehe? Wem gehörten denn die 400,000 Bayonnetts? Der Centralgewalt, hieß es, seien dieselben zu Gebot gestanden. Sie habe aber nicht einmal den dänischen Krieg vollführen können, geschweige denn, daß sie einen größeren aufzunehmen im Stande wäre, selbst wenn sie an Preußen überkäme; denn dann wäre Deutschland nicht einig, weder Regierungen noch Völker würden es werden, und die Phrase, daß man durch die Wahl des vorgeschlagenen Oberhauptes zu Macht gelangen werde, werde zu einer hohlen. (Bravo links.) Ob es erhört sei, daß man einen Erbkaiser über andere erbliche Fürsten setze? Der Vorredner habe Fractionen der Reichsversammlung der Halsstarrigkeit geziehen. Er weise dies zurück. Jene Fractionen seien nicht gelonnen, ihre Ueberzeugung einer Sache zu opfern, welche sie nicht für gut hielten. Sie seien und blieben ihren Principien treu. Sie wollten keinen erblichen Kaiser, sie zögen einen Statthalter für ganz Deutschland vor, weil man so eher ohne Revolution und ohne Regimenter zur Einheit Deutschlands gelangen könne. Der Redner kommt auf den König von Preußen zu sprechen. Er meint, derselbe könne von einer bloßen Majorität die angetragene Kaiserkrone nicht übernehmen, das ganze Haus müsse sie bieten. Und wenn es der König mit Deutschland ehlich meine, so müsse er es für seine Pflicht halten, nur die sechsjährige Wahl anzunehmen, und dann mit allen seinen Bajonnetten, seinen Bureaukraten oder Unterthanen, wie man es auch nennen möge, für Deutschlands Größe einstehen. (Beifall links.)

Nachdem Herr Kaveaur gesprochen, werden mehrere Verbesserungsvorschläge verlesen, darunter zwei von Schulz von Darmstadt, von denen der Eine das Erbkaisertum nur unter der Bedingung dem König von Preußen übertragen wissen will, wenn derselbe an Rußland den Krieg erklärt, ein Antrag, der von der Versammlung mit großer Heiterkeit aufgenommen wird. Ein anderer Antrag von Werner aus St. Vösten will, daß wenn der König von Preußen Kaiser werden sollte, Preußen ein selbständiger Staat zu sein aufhören und in 4 einzelne Staaten zerfallen müsse.

Wais aus Göttingen, der zunächst das Wort nimmt, weist nach, daß er und seine politischen Freunde in den letzten vier Monaten Alles gethan haben, um Oesterreich bei Deutschland zu behalten, daß sie dem früher ausgesprochenen Wahlpruch: lieber den schweren Bau mit Oesterreich, als den leichten ohne Oesterreich, nachgelebt haben. Allein durch die neue österreichische Verfassung sei hierin die wesentlichste Aenderung eingetreten. Die Politik Oesterreichs sei nicht die Deutschlands: das Interesse Deutschlands und Oesterreichs ginge in Italien, in Ungarn, in Galizien auseinander. Der Redner beweist aus der Geschichte, daß mit der Entwicklung des Hauses Habsburg Oesterreich sich immer mehr von Deutschland getrennt habe. Als Preußen seinen vereinigten Landtag berief, schloß Oesterreich ein festes Bündniß mit Rußland, als Deutschland einen Schritt weiter vorrückte, rückten die Russen in Siebenbürgen ein. (Unruhe.) Man wird sagen, das sei Politik des Habsburgischen Hauses, das dürfen wir die Völker nicht entgelten lassen; dies sei auch seine Ansicht, er habe aber immer geglaubt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes in Oesterreich sich mehr an Deutschland als an die österreichische Hauspolitik anschließen werde. Dies sei aber nicht der Fall gewesen, bei Gelegenheit der Berathung über die §§. 2 und 3 habe sich gezeigt, daß die Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten sich gegen diese erklärt und den Beifall der Mehrzahl der Deutschen in Oesterreich erhalten habe. Nur so war es dem Ministerium in Oesterreich möglich, die gegenwärtige Verfassung zu geben; nur so ist es möglich, daß die österreichische Regierung jetzt, wo sie die bestehende Verbindung mit Deutschland fast ganz verleugnet, eifriger als je zu den Wahlen mahnt, daß sie sagt: die Abgeordneten sollen nach Frankfurt gehen, um die österreichischen Staatsinteressen am deutschen Reichstage mit dem gehörigen Nachdruck zu vertreten. (Hört! hört!) Der Redner verteidigt sodann den Verfassungsausschuß, dessen Mitglied er ist, gegen die demselben gemachten Vorwürfe, als habe er für die Verfassung nur die Form gewählt, die Preußen an die Spitze stellen möchte. Hr. Wais berührt alsdann den von mehr als 50 Abgeordneten, darunter Heckscher, v. Hermann u., unterzeichneten Antrag, der einen abermaligen Aufschub und eine abermalige Unterhandlung mit Oesterreich verlangt, und äußert sein Bestreben darüber, daß Männer, die sonst nichts von einer Verständigung wissen wollten, die vor einigen Wochen höchstens nur acht Tage Aufschub verlangten, daß dieselben Männer jetzt noch immer von Abwarten sprechen. Darunter Einer, der vor acht Monaten, als es sich um das Lepelsche Promemoria handelte, aus der Haut fahren wollte und jetzt wahrscheinlich seine dritte Deputationsreise nach Wien machen will. (Große Heiterkeit.) Wie kann man sich übrigens, meint Hr. Wais, noch Hoffnung auf ein günstiges Resultat machen, da ja das Reichsministerium, dem die Nationalversammlung im Januar schon Vollmacht zum Unterhandeln gegeben, von der österreichischen Regierung noch keine Antwort erhalten? Die österreichische Verfassung ist octroyirt; sollen wir vielleicht die Verfassung für Italien und Ungarn machen? Ich fürchte die Octroyirung nicht, aber ich sehe nicht, wie auf diesem Wege eine Verfassung zu Stande kommen soll. Der Redner führt zum Beleg seiner Ansicht einen Ausspruch Blittersdorff's

an, daß Oesterreich kein in sich geschlossenes einiges Deutschland wolle und wollen könne, ebenso auch einen Ausspruch des Hrn. v. Ulfedom. „Sie sagen, daß dies eine alte Ansicht gewesen, zeigen Sie uns — der Redner meint die Oesterreicher in der Versammlung — durch Ihre Abstimmung, daß es anders geworden ist, dann werden wir nicht die Stunde verflagen, wo wir zum gemeinschaftlichen Werk zusammenkamen. Das verflagene Jahr hat Deutschland nicht einig, nicht stärker gemacht; ringsumher droht dem Vaterland Gefahr. Es kehren die Jahrestage der alten Erhebung wieder; Hr. Kaveaur hat Sie an diese Tage gemahnt. Was hat sie damals blutig gefärbt? Daß die Fürsten sich nicht entschließen konnten, rasch, schnell, freudig zu geben, was sie doch geben mußten. Das Blatt hat sich gewendet. Die Fürsten können Deutschland jetzt nicht mehr retten, wir können es, vielleicht können wir es: Wollen Sie sich jetzt an Prinzipien klammern? Noch haben Sie Zeit; aber bald ertönt auch vielleicht für Sie das verhängnisvolle zu spät! (Stürmischer Beifall auf der Rechten und den Centren. Bisphen links.)

Abg. Moriz Mohl: Man habe die letzte preussische Note vom 10. März für eine ceremonielle erklärt. Er halte dies für eine Injurie gegen die preussische Regierung, da es ihr eine Comödie zutrauen hieß. Er sehe feinstheils aus ihr, daß sich dieselbe von der politischen Unmöglichkeit eines erblichen Kaisers überzeugt habe. Der Erbkaiser wäre also ein todtgeborenes Kind und er möchte dem Hause die Ehre dieses Wochenbetts ersparen. (Heiterkeit.) Wäre mit dem Beschlusse eines Erbkaisertums die Einheit Deutschlands zu erlangen, so würde der Redner mit Jubel zustimmen. Aber es handle sich ja nicht von Einheit, sondern von Trennung, und diese eile dem Redner nicht so, um mit Umstößen von Bischen und Bänken die österreichischen Abgeordneten zur Paulskirche und zum Vaterlande hinauszubefördern. Man suche dies in Abrede zu stellen. Aber es sei sonnenklar, daß Oesterreich sich einem preussischen Erbkaiser nicht unterwerfen könne, daß einen solchen schaffen gleichbedeutend mit der Austreibung Oesterreichs sei. (Bravo.) Es handle sich von den Rechten, den Interessen, der Macht in der Einheit Deutschlands. Durch den Ausschluß Oesterreichs setze man Deutschland in die Lage, keinen Krieg selbstständig führen zu können, sich immer nach Bundesgenossen umsehen zu müssen, man schwäche seine Macht, man störe seinen materiellen Vortheil. Man müsse sich dann an England anlehnen, welchem Preußen seit 18 Jahren die Interessen Deutschlands geopfert. Man wahre Deutschlands und insbesondere der deutsch-österreichischen Bruderstämme Freiheit nicht, wenn man Oesterreich sich selbst und so einer slavischen Politik überlasse. Man frage was Oesterreich für Deutschland gethan habe. Nicht nur der Deutsch-Oesterreicher, auch der Slave, der Magyare, der Romäne haben für Deutschland mitgeblutet, haben Napoleon mit zu Boden ringen geholfen. (Beifall.) Es sei ein bitterer Unbath, wenn Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt würde. Ein geistreicher Redner habe von einer weiten Pforte gesprochen, welche man durch die Annahme des Welcker'schen Antrags Oesterreich offen lasse. Er sehe das Gegentheil darin, es werde dadurch gänzlich abgeperrt. Ob man denn glauben könne, daß der sächsische, der bayerische, der hannoversche Volksstamm einen Erbkaiser mit Ausschluß Oesterreichs wolle. Der Redner erklärt sich entschieden gegen die Vorschläge der österreichischen Regierung, welche dem deutschen Volke das Volkshaus entziehen würden: er wolle sie auch nicht berücksichtigt wissen. An den Grundrechten, an dem Volkshause, an der Verfassung im Ganzen könne und dürfe nicht gerüttelt werden. Wohl aber seien einzelne Bestimmungen der Verfassung, welche geändert werden müßten, um den Eintritt der nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs zu ermöglichen, und um — durch ein Directorium — Oesterreich überhaupt es möglich zu machen, Theil zu nehmen. Man müsse die Verfassung fertig machen, allein so, daß Oesterreich der Eintritt ermöglicht sei, wenn es eintreten wolle. In der Annahme des Welcker'schen Antrags würde ein Kampf des Nordens und Südens, des Protestantismus mit dem Katholicismus, eines Stammes mit den übrigen früher oder später gegeben sein; jeder dieser Kämpfe wäre hinreichend, einen 30jährigen Krieg anzufachen; der Redner beschwöre das Haus, nicht die Brandfackel des Bürgerkriegs in Deutschland hinauszuschleudern. (Bravo.)

Reh: Durch die Stellung, die er in der vorliegenden Frage eingenommen, sagt der Redner, sei er in Widerstreit gekommen mit dem größten Theil seiner politischen Freunde, mit dem größeren Theil seiner Wähler, mit der in seinem eigenen Vaterlande zum größten Theil herrschenden politischen Gesinnung; er fühle das Schmerzlichste dieses Verhältnisses, allein, er könne nur den Weg gehen, den seine Ueberzeugung ihm vorschreibe. An persönlichen Ansichten, an individueller Neigung, daß sei er gewiß, opfere keiner mehr, als er, aber er opfere gern auf dem Altar des Vaterlandes. Man habe Herrn Welcker gefragt: wo find die Gefahren? Ich frage: wo find sie nicht? Im Innern: eine wachsende Spannung, eine steigende Eshnung des Vertrauens, Ministerien ohne Kammermajoritäten, Regierungen ohne Ministerien. Nach Außen: Krieg mit Dänemark, ein Krieg, den wir nicht zu fürchten brauchen, wenn man einig wäre, den Dänemark gar nicht angefangen hätte, wenn es nicht auf unsere Schwäche speculirte. Wie

stehen wir ferner gegen Rußland? Jede Stunde kann die Nachricht bringen, daß seine Heere die Grenzen überschritten; dann wird der Ruf nach Einigung zu spät sein. Was nun die jetzige österreichische Verfassung anbetrifft, so verlangt Oesterreich 38 Stimmen für sich und wir sollen nur 31 haben. Also Deutschland soll an die Geschichte Oesterreichs gekettet sein, jeden Krieg gegen die Freiheit in Ungarn und Italien ausföchten. Nach einer nähern Beleuchtung der von der Versammlung geschaffenen Verfassung wendet sich der Redner an die Oesterreicher in der Versammlung mit folgenden Worten: Mögen Sie glauben, daß wir Sie Alle mit treuer Liebe umfassen; Verhältnisse, deren Beseitigung nicht in unserer Macht liegt, haben die jetzigen Zustände geschaffen. Wenn Sie aber Ihre Zukunft an die unsere ketten wollen, dann stimmen Sie mit uns, auf daß Deutschland einig werde. Wenn Ihnen Deutschland einst die starke Bruderhand reichen kann, dann wird Ihre Rettung möglich sein. Können Sie sich aber nicht entschließen, mit uns zu stimmen, dann stimmen Sie wenigstens nicht gegen uns. Dann enthalten Sie sich der Abstimmung; sonst müssen wir glauben, daß Sie Ihre Sonderinteressen dem Allgemeinen vorziehen wollen. Und nun noch einige Worte an Sie Alle: Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob der Welterische Antrag zweckmäßig war, aber er ist einmal eingebracht und dadurch sind wir ans Ziel gedrängt worden. Wir müssen jetzt entscheiden: diese Entscheidung ist unsere Letzte. Ich glaube nicht, daß der Welterische Antrag durchfallen kann, wir werden sonst unser Todesurtheil aussprechen; aber ich bitte Sie in Erwägung zu ziehen, ob es genügt, wenn ein solcher Beschluß mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt wird. Ein Beschluß mit Einstimmigkeit, schließt Herr Reh, würde die Verkündigung einer starken und frohen Zukunft sein. (Beifall und Zischen.)

Eisenmann hält einen langen Vortrag, welchen genau zu verstehen das schwach Organ des Redners, so wie die Unruhe des Hauses, deren der Vorsitzende kaum Herr zu werden vermag, verhindert. Der Redner bezieht, so viel wir entnehmen konnten, zuerst die deutsch-österreichische Angelegenheit, machte der Versammlung sodann Vorwürfe darüber, daß sie den jetzigen Stand der Dinge in Oesterreich, wodurch ein Anschluß der deutschen Erblande unmöglich geworden, selbst fördern geholfen, dadurch, daß sie seinen Antrag, mit Ungarn in Verbindung zu treten, abgewiesen. Oesterreich müsse bei Deutschland bleiben, so verlange es die politische wie die materielle Nothwendigkeit. Er geht hiernach zur Erbkaiserfrage über, hält Rede über die Sympathien, deren sich der Erbkaiser in Süddeutschland erfreue, und findet, daß er in Baiern und Württemberg keine habe und daß in Darmstadt und Baden nur die Bourgeoisie ihn wünsche und diese nicht aus Patriotismus, sondern nur aus dem Wunsche nach gesellschaftlicher Ordnung und Sicherheit. (Allgemeine Heiterkeit. Ruf: das ist Patriotismus!) Ob man Deutschland zum Fideicommiss des Hauses Hohenzollern machen wolle? Was man den einzelnen Fürsten nehme, könne man nicht einem Fürsten mehr geben. Nur mit Uebereinstimmung der übrigen bestehenden Fürstenthümer könne der König von Preußen die Kaiserkrone annehmen. Der Erbkaiser verträge sich nicht mit dem Bundesstaate. Der Redner wendet hierauf seine Blicke auf Preußen, findet daselbst den ärgsten Particularismus, welcher von Deutschland nur wissen wolle, wenn sein König Kaiser werde, allein ohne daß Preußen als Staat aufhöre zu bestehen. Ob nicht die übrigen Staaten dasselbe beanspruchen könnten? Ob diese ihre durch den Anschluß Oesterreichs schon gefährdete materielle Selbstständigkeit Preußen opfern sollten? Sie könnten dies nur, wenn Preußen in Deutschland aufginge. Er glaube nicht, daß der König von Baiern sich dem Erbkaiser unterordnen werde. (Heiterkeit.) Er werde an seinen Altbaiern eine Stütze finden, welche vor Allem Baiern sein und bleiben wollten und sich um Deutschland nicht kümmern. Die preussischen Abgeordneten wollten ihrem Lande die Freiheit retten, indem sie ihm die deutsche gäben. Ob aber das die Freiheit siegen machen heiße, wenn man trachte, dem alten Einflusse der preussischen Politik auch in Süddeutschland eine Heimat zu erzwingen. Und zugleich mußte der Antrag Welter dem preussischen Könige zu, durch einen Wortbruch Kaiser zu werden. (Bravo links.) Es gebe gewisse Liberale, welche heute für den Präsidenten, morgen für das Direktorium, übermorgen für den Erbkaiser stimmen, und welche Andere, die ihren Principien treu blieben, Landesverräther nannten. Die Zahl derer sei freilich gering, welche Kraft genug hätten, ihren Grundsätzen treu zu bleiben. Er gehöre auch zu denen, welche von den Demokraten verlangten, daß sie dem Vaterlande ihre Ansichten opfereten. Allein der Fall sei jetzt nicht vorhanden. Würde der Erbkaiser, so schließt der Redner, uns das bieten, was wir brauchen, so würde ich für ihn stimmen. Allein er bietet es uns nicht. Er bietet weder die Freiheit, noch die Einheit, sondern er bringt uns Zerrissenheit und Absolutismus. (Großer Beifall links.)

Auf Herrn Eisenmann folgt Herr Beseler von Schleswig. Er ist mit Herrn von Wodenbrugg darin einverstanden, daß die größte Gefahr für uns darin liege, daß wir keinen Staat bilden, daß uns die Form fehlt, in der unser nationales Leben sich bewegen könnte. Wir seien eben kein Staat, wie sich dies ja deutlich aus der Mittheilung des Finanzministers in Betreff der Flottenbeiträge deutlich ergeben habe. Im

weiteren Verlauf seiner Rede weist Herr Beseler nach, welche Gefahr Deutschland aus einer Vereinigung Oesterreichs mit Rußland drohen und wie es thöricht sei, dieser Gefahr gegenüber die Augen zu verschließen und zu sagen, Rußland strebe nicht nach Deutschland, sondern nach der Türkei. Der Redner zeigt auch auf die herannahende Reaction hin und warnt davor, daß uns die Reaction nicht so bewältigen möge, daß wir ihr eine lange Zeit nicht mehr entgegentreten können. Wir sehen, sagt er, wie jetzt in Oesterreich verfahren wird, in einer Weise, wie es nur einem Metternich möglich war. Seine Epigonen walteten dort, wie sie selbst von einem Metternich nicht übertroffen werden können. Herr von Schmerling hat unlängst gesagt, es sei die Schuld des deutschen Volks gewesen, wenn es Metternich so lange ertragen hat; wenn aber Alles das wieder zurückkehrt, diese jämmerliche Wirthschaft, wie wollen wir es dann vor dem Volke verantworten? Wenn wir der Reaction entgegentreten wollen, müssen wir Deutschland so schnell als möglich einig machen. Der Redner setzt dann weiter auseinander, daß Nichts dem Ansehen der Versammlung mehr geschadet habe, als daß Beschlüsse gefaßt wurden, die man hinterher nicht ausgeführt. Lassen Sie uns darum, ruft er aus, einen Beschluß fassen, der ausgeführt werden kann, dann werden wir die gehörige Macht haben, um die Reaction siegreich zu bekämpfen. Wir haben keine heiligere Aufgabe, als dem Zustande der Ungewißheit so schnell als möglich ein Ende zu machen. Die deutsche Nationalversammlung muß — es ist die höchste Zeit — einen entscheidenden Schritt thun, auf daß das deutsche Volk sich selbst wieder erkenne. Glauben Sie mir, das Volk kümmert sich wenig um das, was hier geredet wird, es will ein Resultat sehen. Der Parteilampf hat eine Höhe erreicht, die kaum für uns, am wenigsten für das deutsche Volk erquicklich sein kann. Ich glaube nicht, daß das deutsche Volk sich im Marasmus befindet, aber leugnen kann ich nicht, daß in der Paulskirche der Moder byzantinischer Verworfung zu Zeiten zum Vorschein kommt. (Unruhe.) Zeigen wir durch einen großen Act, daß wir über Parteilichkeiten uns hinwegsetzen und ein Resultat für das Volk schaffen. Auf das Verhältniß zu Preußen kommend, bemerkt Herr Beseler, daß es irrhümlich sei, wenn man sagen wolle, es sei gefährlich, die Oberherrschaft an Preußen zu übertragen, weil in Kremsier ein Ministerium am Ruder, das den Belagerungszustand verhängt habe; es sei eine falsche Auffassung, sich an augenblickliche Zustände anzuklammern. Wir wollen uns ja aber zusammenrücken, meint er, um solche Zustände unmöglich zu machen. Ebenso falsch sei es, wenn man befürchte, die deutschen Stämme würden ihre Nationalität verlieren, Deutschland preussisch werden; er sei kein Preuse, er sei ein Fries, fürchte aber dies nicht. Das Verfahren der Regierungen mit den Grundrechten beweise, daß der jetzige Zustand nicht lange mehr dauern darf, wenn überhaupt noch von Grundrechten die Rede sein soll. Schaffen Sie einen deutschen Staat und seine Macht, dann haben Sie auch ein Palladium für die Grundrechte. Herr Beseler schließt also: Herr v. Radowiz hat uns gesagt, es sei ein Unglück, wenn ein Beschluß nur mit einer geringen Majorität gefaßt werde; ich kann diese Ansicht nicht theilen. Was die Nationalversammlung beschließt, ist nicht das Wesentlichste. Wenn sich das Volk dafür erklärt, so kommt wenig darauf an, wie viel Stimmen Majorität sind. Wenn das Volk den Beschluß unterstützt, dann werden wir ihn durchführen. Das Volk wird entscheiden; wenn es sich darum handelt, dem König von Preußen die Kaiserkrone zu übertragen, dann wird sich das Volk dafür entscheiden. (Stürmischer Beifall von Rechts und den Centren. Widersprechende Zeichen links.)

Herr v. Ahrens aus Salzgitter sieht das einzige Heil Deutschlands in dem Anschlusse an Oesterreich. Wien müsse einst Deutschlands Hauptstadt, der Sitz des Parlaments werden. Durch die Ernennung des Königs von Preußen zum Kaiser werde man diesen zwingen, größere Heere zu halten und dadurch Deutschland verarmen. Denn eine solche Erwählung wäre eine Kriegserklärung gegen das österreichische Kabinet und zugleich gegen das österreichische Volk, welches in der Erhebung des Hauses Hohenzollern eine Demüthigung seines Kaisers sehe. Frankreich werde darin nur eine Vergrößerung Preußens sehen. Ein Krieg mit Rußland, Oesterreich und Frankreich stehe dadurch in Aussicht. Auf England könne man nicht rechnen. Dieses werde keinen Mann auf den Continent schicken, wenn es seine Handelsinteressen nicht verlangten. Dies sei der Stand der Dinge und er frage, ob also durch die Ernennung des Königs zum Kaiser nicht Schwäche und Verarmung geschaffen würden. Ohne Oesterreich sei keine Sicherheit, kein mächtiger Einfluß in der Politik, kein Handel nach dem Süden. Die Wohlthat könne man Deutschland ohne Oesterreich nicht bieten. Und ob nicht eine Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich möglich wäre? Ob man denn wirklich glaube, daß der König von Preußen die Krone annehmen werde. (Ruf rechts: ja!) Er bezweifle dies, da derselbe erklärt, er werde sie nur mit Zustimmung aller Fürsten übernehmen. Der Redner weist auf Belgien im Jahre 1831 hin, als sich daselbst eine Partei gebildet hatte, welche Belgien mit Frankreich vereinigen wollte. Diese habe mit 2 Stimmen gestimmt, sei nach Paris, habe Louis Philipp Belgien angeboren und habe eine abschlägige Antwort erhalten. Sie seien zurückgekehrt, und haben in ihrer Beschämung Belgien zur Republik machen wollen. Das sei nicht durchgegangen; nur Louis

Philipp habe seinen Zweck erreicht, den Großmächten zu zeigen, wie loyal er sei. Ob man nicht vielleicht etwas Aehnliches von Preußen zu besorgen habe. Er halte auch den König von Preußen für zu deutsch, als daß er die Krone annehmen und dadurch Deutschland in das Unglück stürzen werde. Der Redner erklärt, er wolle das Unglück Deutschlands nicht, er wolle auch keinen neuen Vorschlag machen, er stimme nur gegen den preussischen Kaiser. (Beifall links.)

Nachdem Hr. Ahrens gesprochen, wird die Vertagung beantragt, aber nicht angenommen. Es wird daher in der Debatte fortgefahren und es erhält Herr Bauer aus Bamberg das Wort. Dieser, für die Ausschussanträge sprechend, erklärt, die Sache von dem bayerischen Standpunkte aus betrachten zu wollen. Er widerlegt darin zunächst die Aeußerungen und Ansichten Eisenmann's und führt an, daß der größte Theil der französischen Bevölkerung in der letzten Zeit sich für das einheitliche Oberhaupt ausgesprochen. Er ist überzeugt, daß in Altbaiern die Uebertragung der Kaiserwürde an Preußen keinen Anklang finden werde, aber dies beruht seiner Ansicht nach nur auf Unkenntniß und — wie der Redner durchblicken läßt — auf von gewisser Seite her absichtlich hervorgerufener Verblendung. Die Kammern in München haben sich allerdings gegen ein preussisches Erbkaiferthum ausgesprochen, allein in einer Weise, in einem Beschluß, der eben sehr rasch, nicht geschäftsordnungsmäßig gefaßt worden sei. Der Redner beklagt alsdann die Halbheit, welche sich seit Monaten in der Politik der bayerischen Regierung gezeigt habe, und sagt unter dem Beifalle der Versammlung, der bayerische Staat könne nur dann lebensfähig sein, wenn er aufs Innigste an Deutschland sich anschließe. Was die banale Phrase „Oesterreich austreten“ anbetreffe, so könne man freilich dagegen mit Argumentationen nichts ausrichten. „Wer denn Oesterreich austreten wolle? Ob es sich nicht vielmehr selbst ausgestoßen habe? Die materiellen Interessen schlage er nicht gering an, aber diese seien, um mit Hrn. Vogt zu reden, der Speck, mit dem man die bayerischen Mäuse fange. (Heiterkeit.) Uebrigens werde ihnen auch nicht genügt werden, wenn sich an der Nord- und Westgrenze zwei Schlagbäume, der schwarz-roth-goldene und der blau-weiße gegenüberständen. Von dem künstlichen Bau der österreichischen Gesamtmonarchie ist der Redner überzeugt, daß er nicht lange halten werde; dies könnte nur dem Absolutismus gelingen, in unsern Tagen ist es nicht möglich. Fällt dann der Bau, wer hindert die Oesterreicher einzutreten? Die Erbmonarchie gewiß nicht, wie Herr Bauer theologisch wissenschaftlich auseinandersetzt. Auch das thut der Redner dar, daß es nur Phrasen sei, wenn man immer davon spreche, als würde Alles — bis auf den Boten, der das Packer zur Post trägt — preussisch werden. Er schließt alsdann: Nicht nur aus Rücksicht für Deutschland, sondern wegen meines Vaterlandes, wegen meines Fürsten, dem ich Treue gelobt und dem ich diese Treue bewahren will, erkläre ich mich für die Vorschläge des Verfassungsausschusses und rufe aus mit dem Dichter: „Ans Vaterland, ans theure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen

Herzen.“ Der Beifall, der diesen Worten folgt, ist ein stürmischer und vielseitiger, in demselben Grade eindrucksvoll, wie es seine Rede war. Die Versammlung nimmt auch jetzt die vorher ausgeschlagene Vertagung mit großer Stimmenmehrheit an. Der Präsident verkündet hierauf noch den Austritt der beiden österreichischen Abgeordneten v. Würth und Arneht. (Große Sensation.) Herr Würth begleitet seine Austrittsanzeige mit ungefähr folgenden Worten: Da ich an der Annahme der österreichischen Reichsverfassung von Seiten des österreichischen Volks nicht zweifeln kann, so halte ich es mit meiner moralischen und politischen Ueberzeugung nicht vereinbar, an dem Bau der deutschen Verfassung noch ferner Theil zu nehmen. Mögen die künftigen Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich so gut wie möglich geordnet werden. Dafür zu wirken soll mir stets eine heilige Pflicht sein. (Stürmisches Bravo.) Die heutige Sitzung wird alsdann geschlossen und die nächste auf morgen anberaunt.

Theater in Halle.

Montag den 13. März. Zum zweiten Male: „Breite Straße und schmale Gasse“, oder: „Alles will heirathen“, Originallustspiel in 5 Akten nach dem Dänischen. Schon bei der ersten Aufführung hatte dieses Lustspiel nur einen geringen Theil des Publikums angezogen, und zum zweiten Male ward es vor fast ganz leeren Bänken gespielt. Und das ist leicht erklärlich. Denn ein Stück, dessen Personen fast nur dem Handelsstande entnommen sind, dessen ganzer Ideenkreis nur die Handelswelt umfaßt, und in welchem vier der Hauptpersonen die deutsche Sprache theils im jüdischen Dialekt, theils in einem deutsch-englischen Jargon zu reden brechen haben, kann wohl in Städten, wie Hamburg und Leipzig gefallen, in unserer Stadt aber, deren Theaterpublikum nur zum kleinsten Theile aus entsprechenden Elementen besteht, wird es nur wenig Anklang finden. Bei allem dem ist das Lustspiel ausgezeichnet durch frischen Humor, wohlgelungen in der Durchführung der komischen Charaktere und reich in einer Fülle drastischer Effekte, die den Zuschauer von Anfang bis Ende in reger Theilnahme erhalten. — Das Spiel im Einzelnen war durchaus wacker und tüchtig, und das geringe Publikum bezeugte seine volle Zufriedenheit durch Beifall und Rufen am Ende. Mad. Reißland möchten wir rathen, nicht zu übertreiben, und Fräulein Bisler hüte sich ja vor einer gewissen schlappenden Mimomomie. Hr. Brihet war diesmal als Muderjüngling in Costüm und Spiel recht eegöglich, Hr. Neubert benahm sich selbst als Engländer zu steif.

Zum Schluß machen wir das Opern liebende Publikum auf das Freitag den 23. d. Mts. statthabende Benefiz des Hrn. Kuhn aufmerksam, das uns „Fra Diabolo“ vorführen wird. — Schon der dieser ausgezeichneten Oper zeugt von dem guten Geschmack des Benefizianten, und die Hallenser werden zeigen, wie sie ihre Künstler zu schätzen wissen.

A. J.

Bekanntmachungen.

Verpachtungs-Anzeige.

Die Herzogl. Anhalt-Cöthenschen Domainen Zehringen und Sibbesdorf mit Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, Aekern, Wiesen, Gärten, Hutungen, Tristen, Weide- und Holznutzungen, Jagd- und Fischerei, Vieh- und Wirthschafts-Inventarien, ins Besondere

bei Zehringen:

593 Morgen	175	□ Aker,
8	= 174	= Wiesen,
9	= 81	= Ager,
5	=	= circa Gärten,
11	= 128	= an wilden Holz-
		nutzungen;

bei Sibbesdorf:

400 Morgen	—	□ Aker,
7	= 114	= Wiesen,
72	= 148	= Ager,
2	= 33	= circa Gärten,
7	= 51	= Unland,
4	= 36	= an wilden Holz-
		nutzungen,

sollen alternativ, nämlich ein jedes für sich und beide zusammen,

den 24. April d. J.

früh 10 Uhr vor Herzogl. Rent-Kammer hierselbst auf 12 Jahre, und zwar von Johannis 1849 bis dahin 1861, an den Meistbietenden verpachtet werden.

Pachtlustige laden wir mit dem Bemerkten hierzu ein, daß sie in dem Termine zur Sicherung des Gebotes eine Summe von 2000 R^r Pr. Cour. baar oder in guten, der unterzeichneten Rentkammer annehmblichen Dokumenten zu deponiren haben.

Die Verpachtungsbedingungen werden vor Anfang des Termins gehörig bekannt gemacht, können aber auch schon vorher ebenso wie die Concepte von den Pachtcontracten bei Herzogl. Kammer-Kanzlei eingesehen und gegen die Gebühr abschriftlich mitgetheilt werden.

Cöthen, den 1. März 1849.

Herzogl. Anhalt. Rentkammer
das.
Bramigt.

Bekanntmachung.

Neunzehn Stück vom Eichungs-Amte zurückgewiesene eiserne Gewichte, zusammen an 215 $\frac{1}{2}$ U, sollen an den Meistbietenden als altes Eisen Dienstag den 27. d. M. früh 10 Uhr in der Packkammer des Ober-Post-Amtes verkauft werden. Kauflustige werden hierzu eingeladen.

Halle, den 20. März 1849.

Königl. Ober-Post-Amt.
Göschel.

Zwei ehrliche mit guten Zeugnissen versehene kautionsfähige Kutscher und ein Hoffknecht, welche jedoch genau in der Stadt Bescheid wissen müssen, können dauernd beschäftigt werden.

G. Heine, Obersteinthor Nr. 1519 b.

Ein thätiger und solider Kellner findet Stelle Nr. 303 b.

Einige Centner Weideflee-Saamen sind zu verkaufen bei Wolff in Naundorf im Mansfeldschen.

Bekanntmachung.

Die Anfuhr vor 132 Schachtelruthen Steine aus den Brüchen bei Sennewitz und Trotha zur Instandsetzung der Straße der Magdeburg-Leipziger-Chaussee zwischen dem Wärrerhauße bei Morl und dem Gasthose zum Schwan soll am Freitag den 23. März Vormittags um 10 Uhr

im Gasthause zur Tanne in der Klausdorferstraße hieselbst den Mindestfordernden verbunden werden.

Halle, den 17. März 1849.

Der Wegebaumeister
Staudener.

Bekanntmachung.

Der landwirthschaftliche Verein zu Halberstadt will mit seiner hier am 31. Mai und 1. Juni abzuhaltenden Frühjahrs-Hauptversammlung eine Thierschau und Ausstellung landwirthschaftlicher Erzeugnisse und Geräthe, hiermit auch eine Preisvertheilung verbinden, und ladet schon jetzt mit Vorbehalt einer nähern Bekanntmachung darüber alle Landwirthe und Freunde der Landwirthschaft dazu ein, das Unternehmen durch freundliche Beiträge zu unterstützen und möglichst gemeinnützlich zu machen.

Halberstadt, den 8. März 1849.

Der Vorstand.

Auction.

Auf den 4. April e. Vormittags 11 Uhr soll an hiesiger Gerichtsstelle verschiedenes Gold- und Silberzeug, als: 2 Becher, 1 Fischkelle, 18 Löffel, Messer und Gabel, 2 Ringe, 1 goldene Uhr nebst goldenem Behänge; ferner 1 Stuhuh, Kupfer, Zinn und Leinwand, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Querfurt, den 14. März 1849.

Der Kreis-Justiz-Rath
Theune.

Ich warne Jedermann, ohne meine schriftliche Anweisung, Jemanden, wer es auch sei, für mich auf meine Rechnung etwas zu liefern, zu fertigen oder anzuschaffen, indem ich ohne eine solche Anweisung nichts zahlen werde.

Weißenfels, den 19. März 1849.

Der Patrimonialrichter
Mügner.

Nach austragender Separation, in der Wurper Feldmark, sollen die Wege weg: 1) der von Brachstädt auf Niemberg; 2) der von Dypin auf Brachstedt; 3) der Fußsteig von Dypin auf Wurp; 4) der Fußsteig von Wurp nach Brachstedt; 5) der Fußsteig von Harsdorf nach Wurp.

Zum Concert und Ball,

Sonnabend den 24. März Abends 7 Uhr, ausgeführt vom Vereinigten Musikchor und der Schüßlerschen Liedertafel von Halle, ladet ergebenst ein
R. Kunze in Reideburg „zur Nachtigall“.

Neues Abonnement auf die Eisleber Zeitung.

Vom 1. April an beginnt ein neues Quartal der

Eisleber Zeitung

und nehmen alle Postämter und Postboten Bestellungen auf diese Zeitung an. Der Preis für das Vierteljahr durch die Post bezogen ist nur 16 $\frac{1}{2}$ Sgr., direct von uns 15 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Diese wöchentlich sechs Mal erscheinende politische Eisleber Zeitung bringt so schnell als möglich außer den politischen Neuigkeiten die Kammerverhandlungen, die Berichte und Bekanntmachungen der Handwerker-Vereine unserer Kreise, die öffentlichen gerichtlichen Verhandlungen u. s. w. und bespricht außerdem die landwirthschaftlichen, kirchlichen und Schul-Angelegenheiten.

Die Getreidepreise von Eisleben, Halle, Magdeburg, Nordhausen, Berlin werden wöchentlich zwei Mal in dieser Zeitung veröffentlicht. Bestellungen auf diese Zeitung bitten wir baldigst den nächsten Postämtern oder uns zugehen zu lassen.

Die Expedition der Eisleber Zeitung.

F. Kubnt.

Wer die benannten Wege nach der Bekanntmachung passirt, verfällt in eine Geldstrafe von 10 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Wurp, den 18. März 1849.

Der Ortsvorstand.

Das im Eckartsbergaer Kreise des Regierungsbezirks Merseburg an der Magdeburg-Erfurter Chaussee in Schloßheldungen liegende Mehlersche Rittergut, der Rothehof, zu welchem gegen 500 Acker Land und Wiesen des ausgezeichnetsten Bodens, und eine Schäferei von nahe 1000 Stück gehören, soll auf 12 Jahre, von Johannis d. J. bis Johannis 1861, öffentlich meistbietend, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl und des Zuschlags, verpachtet werden, und ist hierzu Termin auf den 13. April d. J. (nicht den 10. April, wie in der gestr. Nummer des Couriers angezeigt war) auf dem Gute selbst angesetzt, wozu qualifizierte Pachtlustige hierdurch mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die Pachtbedingungen und sonstigen Nachrichten beim Justiz-Commissar Winkelmann in Cobleda und auf dem Gute selbst zu erfahren sind.

Freundliche Bitte!

Bei den Mittwochstänzen bei Herrn Ratsch in Böllberg fehlt es immer ziemlich an Damen, und ersuchen wir solche hiermit freundlich, sich recht zahlreich einzufinden zu wollen, indem wir damit die Versicherung verbinden, daß wir bemüht sein werden, es Keiner an Vergnügen fehlen zu lassen.

Mehrere Böllberger Mittwochsgäste.

Gasthofs-Verkauf.

Ein im Anhaltischen 1 Stunde von Cöthen belegenes Landgut mit 1 $\frac{1}{2}$ Hufe frei und 15 Morgen Dienstacker altes Gemäß, durchgängig guter Weizenboden, alles im besten Zustande befindlich, nebst schönem großen Garten und sämtlichen Inventarium steht zu verkaufen. Das Nähere hierüber erfährt man bei dem Gastwirth Hildebrand in Arnsdorf bei Cöthen.

Es soll künftigen Sonnabend den 24. März Vormittags 10 Uhr in der Brauhausgasse beim Nagelschmidtmeister Moyer ein Schmiede-Blasebalg, ein Schraubestock, ein Sperrhorn, Hämmerzangen und verschiedenes Schmiedehandwerkszeug öffentlich versteigert werden.

Guts-Verkauf.

Ein im Anhaltischen belegenes Landgut mit 31 Morgen Acker, durchgängig guter Weizenboden, nebst schönem großen Garten und sämtlichen Inventarium steht zu verkaufen. Das Nähere hierüber erfährt man bei dem Gastwirth Hildebrand in Arnsdorf bei Cöthen.

Mit Bezug auf den in öffentlichen Blättern befindlichen Aufruf:

„zur Errichtung eines Ehrenmonuments zum Andenken der am 18.—19. März 1848 treu ihrer Pflicht für König und Vaterland gefallenen Brüder und Waffengenossen“

erklären die Unterzeichneten, daß sie zur Empfangnahme von Beiträgen bereit sind.

Halle, den 18. März 1849.

Heymann, Oberst. v. Reiche, Rittmeister. Eiselen, Professor.

Das Berliner Herren-Kleider-Magazin, Kleinschmieden, der Engel-Apotheke gegenüber,

bietet allen hiesigen und auswärtigen Herren die Gelegenheit, sich für einen verhältnismäßig, ungewöhnlich billigen Preis die nobelsten und modernsten Kleidungsstücke zu beschaffen.

Es befinden sich auf dem Lager: die feinsten **Tuchröcke**, **Tuch- und Buckskin-Beinkleider** in den feinsten Dessins, **elegante Westen** in Casimir, Sammet und Seide, **Twins** für das Frühjahr zum Ueberziehen und ohne Rock zu tragen, **Sommerröcke und Sommerhosen** in den verschiedensten Stoffen und Mustern, **Schlaf- und Hausröcke** doppelt wattirt, von den einfachsten bis zu den elegantesten in türkisch wollenen Stoffen.

Sämmtliche Sachen sind nach dem neuesten Schnitt, gediegen und dauerhaft gearbeitet, wovon der kleinste Versuch den besten Beweis liefern wird.

Das Berliner Herren-Kleider-Magazin,
Kleinschmieden, der Engel-Apotheke gegenüber.

Eine Buchdruckerei ist nebst dem Verlage zweier Zeitschriften für den sehr billigen Preis von 1000 \mathcal{R} an Zahlungsfähige zu verkaufen. Nähere Auskunft wird auf frankirte Briefe ertheilt, welche unter der Chiffre P. C. R. in Halle poste restante zur Post einzusenden sind.

Ein junges Mädchen von rechtlichen Eltern sucht unter billigen Ansprüchen als Ladenmädchen, worin dieselbe schon bewandert, oder auch als Stubenmädchen ein baldiges Unterkommen. Gefällige Offerten werden unter den Buchstaben E. P. franco durch die Expedition des Couriers erbeten.

Eine Baustelle in angenehmer Lage weist zum Verkauf nach der Zimmerstr. Traugott Rudloff, Kapellengasse Nr. 1471.

Ein zweistöckiges Haus nebst Scheune und Ställen, mit $2\frac{1}{2}$ Acker Erde und 1 Kabel, ist zu verkaufen in Lauchstedt bei Meister Reinhardt, Nr. 83.

Ein Haus nebst Scheune, Ställen, Garten und 1 Kabel sind zu verkaufen in St. Ulrich bei Lauchstedt.
Friedrich Dtto.

Sechs Stück gute Ackerpferde stehen unter Garantie billig zum Verkauf beim Gastwirth Herrn Teuscher in Döllnitz in der Aue.

Gemüse- und Blumen-Sämereien
in bester Qualität empfiehlt
E. S. Riesel.

Ein ordentlicher Pferdeknecht, der zugleich auch als Kutscher zu gebrauchen ist, wird zum 1. April gesucht auf dem Rittergut Wernsdorf bei Merseburg.
E. D. Burckhardt, Rittergutsbesitzer.

Ein junges Mädchen von außerhalb, welche in allen weiblichen Arbeiten erfahren ist, sucht zum 1. April eine Stelle in einem Verkaufsgeschäft oder zur Hälfte der Hausfrau. Näheres bei Frau Fleckinger, gr. Klausstraße Nr. 895.

Freitag und Montag Abends 7 Uhr **Probe** im Kronprinzen zu dem Oratorium »**die Worte des Erlösers am Kreuze**«. E. Thieme.

Barinas-Blätter in ausgezeichnete Waare, die sich wegen ihrer Länge und Farbe auch zu Cigarren-Decker vorzüglich eignen, empfehlen à \mathcal{H} 10 \mathcal{G} , in Körben billiger

W. Kersten & Comp.

Ein Bursche kann zu Ostern in die Lehre treten beim Tischlermeister Vogler, Kaulenberg Nr. 41.

11,000, 4000, 2500, 1500, 1000 u. 500 \mathcal{R} sind auszuleihen durch den Actuar Danker, Schmeerstraße Nr. 480.

Dötter und Sommer-Rübsen zur Aussaat ist zu haben in der Mühle zu Kösen.

Sonntag den 25. März Ball, wozu ergebenst einladet
Pezold in Schwittersdorf.

Schöne Messinaer Apfelsinen, à Stück 1 \mathcal{G} bis $2\frac{1}{2}$ \mathcal{G} , Mess. Citronen, Lüneburger Neunaugen, Tafel- und Kranz-Feigen, Lambertsnüsse, schönes Pflaumenmus, das Pfund zu 1 \mathcal{G} 6 \mathcal{L} , ist von jetzt an alle Tage auf dem Markte zu haben bei
Carl Lorenz.

Heute Nachmittag 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Fortsetzung der **Summe'schen Auction**.
Brandt.

Englische Colchester-Mustern
empfangt frisch
F. Eppner.

Müßen

für Herren und Knaben, sehr elegant und nach den neuesten Façons gearbeitet, empfiehlt unter Zusicherung der solidesten Preise
Carl Pötsch,
Brüderstraße neben dem Kaufmann Herrn Pintus.

Den Herren Mühlenbesitzern, denen das Circular nicht zugegangen sein sollte, zur Nachricht: daß die Versammlung der Mühlenbesitzer aus Halle und dem Saalkreis Sonnabend den 24. März Vormittags 10 Uhr im Thüringer Bahnhofe stattfindet.
Halle, am 21. März 1849.
Frdr. Küstner,
Kreisdeputirter.

Leihhaus-Auction.

Der gerichtliche Verkauf der verfallenen Pfänder aus den Monaten October, November, December 1847, und Januar, Februar, März und April 1848, findet den 1. Mai d. J. u. folgende Tage Nachmittags von 2 Uhr an große Klausstraße Nr. 872 statt.
Erneuerungen sind nur bis zum 16. April zulässig.
Halle, d. 23. Februar 1849.
M. Goldschmidt.

Theater-Anzeige.

Die Oper **Fra Diavolo** ist mir vom Herrn Director Bredow Freitag den 23. März zu meiner Benefiz-Vorstellung bewilligt worden; mit der Versicherung eines recht genussreichen Abends bittet zu dieser Vorstellung ein hochgeehrtes Publikum um recht zahlreichen Besuch
ergebenst A. Kuhn,
Mitglied des hiesigen Theaters.
Halle, den 22. März 1849.

Sebauersche Buchdruckerei.